



No 95 | Dezember 2020



IRS AKTUELL

Magazin für Raumbezogene Sozialforschung

Neues aus der Krise

- _Zur Räumlichkeit der Coronakrise
- _Krisen als Lern- und Innovationsgelegenheiten
- _Hochschulen zwischen Brexit und COVID-19
- _Debatte: Sind soziale Innovationen die Antwort?

In dieser Ausgabe



4 Das IRS und die Krise



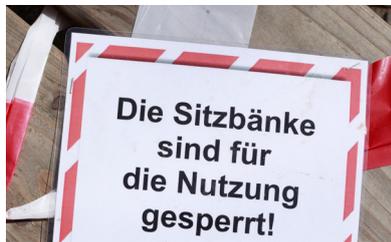
9 Die sozialen Räume der Coronapandemie



18 Debatte: Sind soziale Innovationen die Antwort auf gesellschaftliche Krisen?



8 Ein Handbuch für die Krisenforschung



10 „Ohne Druck gibt es kein Lernen“ – ein IRS-Gespräch über Krisen, Lerngelegenheiten und Lernblockaden



24 Brexit und Corona: Die doppelte Krise der Hochschulen

Nachrichten aus dem Institut

- 29** Abschluss des RurAction-Netzwerks: Konferenz und Transfer zu sozialem Unternehmertum in ländlichen Räumen
- 30** Studie zu Sozialunternehmen in Brandenburg
- 31** Lastenrad-Sharing und Mikro-Depot: Neues Projekt „Stadtquartier 4.1“ zu urbanen Nachhaltigkeitslösungen folgt auf „Stadtquartier 4.0“
- 32** Neues Projekt „Energiewende im sozialen Raum“ gestartet
- 33** Mediatisierung in der Stadtplanung: Projektabschluss und Special Issue
- 34** IRS-Wissenstransfer zur Digitalisierung in ländlichen Räumen
- 36** Zwischen „Ankunftsquartier“ und „Falle“: Zwei Veranstaltungen am IRS beleuchten neue Herausforderungen der Integration in städtischen Wohnvierteln
- 38** Erste wissenschaftliche Erhebung von Universitäts-Auslandscampussen veröffentlicht
- 39** Zwei Special Issues zur Energiewendeforschung
- 41** Konflikte als Teil der Planung begreifen
- 42** Neue Publikationsreihe „IRS Dialog“
- 43** Relaunch StadtWende-Website
- 44** Besuche von MWFK und BMI
- 44** Neues Leibniz-Forschungsnetzwerk „Leibniz R“ löst 5R-Netzwerk ab
- 45** Audit durchgeführt
- 46** Forschungsverbund zur historischen Authentizität im städtischen Bauerbe nimmt die Arbeit auf
- 47** IRS an neuem Innovative Training Network „CORAL“ zu Labs in ländlichen Regionen beteiligt
- 48** Fundstück: Achim Felz und die DDR-Bauausstellung 1987
- 49** Besuch des Museumsverbands
- 49** Impressum
- 50** Personalien



Liebe Leserinnen und Leser von IRS aktuell,

diese Ausgabe behandelt – inmitten einer Krise – das Thema Krisen. Charakteristisch für Krisen ist ein hohes Maß an Unsicherheit bei gleichzeitiger Dringlichkeit zu entscheiden und zu handeln, gepaart mit dem Gefühl von Bedrohung. Gemeinhin sind Krisen etwas, das es zu vermeiden gilt. Wenn sie eintreten, dann kommt es darauf an, sie gut zu managen, was oft nicht mehr heißt, als so schnell wie möglich zur Normalität zurückzukehren. Krisenmanagement hat sich in jüngerer Zeit zu einer Kernkompetenz von Entscheidungsverantwortlichen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft entwickelt – scheint es doch, dass Krisen in immer kürzeren Zeitspannen auftreten, sie immer komplexer in ihren globalen Zusammenhängen und Wechselwirkungen werden, und daher immer häufiger wichtige Entscheidungen im Krisenmodus zu treffen sind. Aber Krisen sind auch durch eine Ambivalenz gekennzeichnet: In ihnen kann sich das Schicksal wenden, zum Guten oder Schlechten. Krisen beinhalten also immer auch Chancen, beispielsweise zum Lernen, zum Verbessern oder gar zum Innovieren.

Die gegenwärtige Pandemie hat das IRS nicht nur darin bestätigt, mit Krisen an einem wichtigen Forschungsthema zu arbeiten, sie hat uns auch als Organisation getroffen. So hat die Coronapandemie uns eine weitere Facette des Leibniz-Motto *theoria cum praxi* gelehrt. Die abstrakte Erkenntnis zum Charakter von Krisen wurde für viele Beschäftigte und nicht zuletzt die Institutsleitung um die Erfahrung der unmittelbaren Betroffenheit ergänzt. Was heißt es, wenn die Krise ohne Vorankündigung auf die erste Stelle einer ohnehin anspruchsvollen Agenda rückt? Wie fühlt es sich am eigenen Leib an, wenn Emotionen zum „Salz in der Krise“ werden, wie die im Troubleshooting erfahrene Krisenexpertin Bettina Zimmermann sich ausdrückt? Und wie ist es, wenn Kolleginnen und Kollegen, die man schon jahrelang persönlich kennt, plötzlich als „kritische Infrastruktur“ gelten?

In der Pandemie musste auch das IRS in den Krisenmodus schalten. Während des Lockdowns im Frühjahr 2020 haben wir einen Krisenstab eingerichtet. Dieser musste existentielle Entscheidungen treffen, das Institut herunterfahren bis auf seine Grundfunktionen. Danach haben wir uns schrittweise zurückgetastet in eine neue Realität, mit viel Homeoffice, virtuellen Veranstaltungen, empirischer Feldforschung via Zoom, einem Hygienekonzept und Stufenplan mit verschiedenen, der Pandemiedynamik angepassten Betriebsmodi, und selektiv auch Präsenztreffen. Schließlich mussten wir die so wichtige Auditierung durch unseren Wissenschaftlichen Beirat im Herbst dieses Jahres angesichts neuer Infektionsdynamiken im Online-Format durchführen.

Ich hoffe, dass diese Ausgabe von IRS aktuell Ihnen ein inspirierender Begleiter in die vor uns liegende Zukunft mit dem Corona-Virus sein kann.

Ihr Oliver Ibert
Direktor des IRS

Das IRS und die Krise

Als im März 2020 der Lockdown zur Eindämmung der Coronapandemie begann, wurden die Arbeitsroutinen des IRS, wie die vieler anderer Einrichtungen auch, massiv aus dem Takt gebracht. Doch schnell etablierte sich ein neuer Modus des Arbeitens: Mit Homeoffice und Online-Kommunikation konnten nicht nur Schreib- und Organisationsaufgaben bewältigt werden – auch für Veranstaltungen und teils sogar für empirische Forschung bewährte sich virtuelles Arbeiten. Und manche Forschungserkenntnisse kamen schneller zur Anwendung als gedacht.

Am 26. Februar 2020 schrieb Verena Brinks an ihr Projektteam, sie habe an diesem Tag zum ersten Mal das Wort „Coronakrise“ in den Medien gelesen. Als sich in den Wochen davor die von der WHO gerade als „SARS-CoV-2“ benannte Krankheit zunächst in China und dann in immer mehr Ländern ausgebreitet hatte, hatte das Wort gewissermaßen in der Luft gelegen. Krisenstäbe waren eingerichtet worden. Ein wachsendes Bedrohungsempfinden, Handlungsdruck und grundlegende Unsicherheit über das Verhalten des neuen Virus wie auch über Möglichkeiten ihm zu begegnen herrschten – alles Definitionsmerkmale einer Krise. Brinks, Juniorprofessorin an der Universität Mainz und Alumna des IRS, forscht gemeinsam mit IRS-Forscherin Tjorven Harmsen und IRS-Direktor Oliver Ibert im BMBF-Projekt „RESKIU“ über die Rolle von Beratung in Krisen (siehe S. 10). Von Oliver Ibert wird das IRS außerdem im Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ vertreten (siehe S. 8). Die Coronakrise wurde von Erkner aus also von Beginn an durch die Brille der sozialwissenschaftlichen Krisenforschung betrachtet.

Dennoch kam die Wucht, mit der die Coronakrise den Alltag in Deutschland veränderte, auch für das Institut überraschend. Am 16. März, als absehbar war, dass das gewohnte Muster von Präsenzarbeit, reger Reisetätigkeit, internationalen Gastaufenthalten und gut besuchten Veranstaltungen nicht zu halten war, richtete auch das IRS einen Krisenstab ein. Dieser schickte das Institut umgehend in den Notbe-



Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 118
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Oliver Ibert ist Direktor des IRS und Professor für Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung an der BTU Cottbus-Senftenberg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Innovationsprozesse, Prozesse der ökonomischen Wertkreation, regionalökonomische Transformation sowie die raumzeitlichen Dynamiken von Krisen und Resilienzkonstruktionen.

trieb, was für fast alle Beschäftigten bedeutete: Homeoffice. Bis auf Hausmeister und Empfang blieb das IRS-Gebäude von da an leer, lediglich der Krisenstab selbst kam zunächst täglich zusammen, um, wie es im Krisenmanagement heißt, „vor die Lage zu kommen“.

Den Betrieb sichern

20 „Updates“ hat der Krisenstab seither per Mail an alle Beschäftigten verschickt, unzählige Einzelprobleme bearbeitet, von der Vereinfachung von internen Antragsprozeduren bis zur Verlängerung von Stellen und Projekten. Aus dem strengen Notbetrieb, der fast keine Präsenzarbeit und keine Präsenzveranstaltungen erlaubte, stieg das IRS im Juni in einen „gelockerten Notbetrieb“ um, der sehr eingeschränkt und unter Einhaltung eines Hygienekonzepts Präsenzarbeit gestattet. Weitere Lockerungsstufen auf dem eigens ausgearbeiteten Stufenplan konnten bislang nicht erreicht werden – zu instabil ist die Lage, zu dynamisch entwickeln sich in jüngerer Zeit die Infektionen. Und doch hat das IRS in dem dreiviertel Jahr seit Beginn der Coronakrise (zumindest in Deutschland) wertvolle Lektionen gelernt, die das weitere Handeln des Instituts prägen werden.

Die Öffentlichkeit erkannte in den Wochen des Lockdowns mit neuer, hoffentlich anhaltender Wertschätzung, dass nicht nur Katastrophenschutz und Rettungsdienste, sondern auch beispielsweise Supermarktangestellte und Pflegekräfte zu den absolut unverzichtbaren Leistungsstragen-



den der Gesellschaft gehören. Eine vergleichbare Erfahrung machte das IRS in den ersten Wochen des Lockdowns, als die Sicherung von Verwaltungsabläufen und der IT-Infrastruktur sowie das Gebäudemanagement zu den dringlichsten Aufgaben des Krisenstabs zählten und die entsprechenden Fachkräfte essenzielle Präsenzarbeit leisteten. Der Umstand, dass Verwaltungsprozesse noch unzureichend digitalisiert waren, erwies sich als große Hürde. Diese Baustelle wird das Institut angehen.

Den allgemeinen Ansturm auf Laptops und Webcams zu Beginn des Lockdowns bekam auch die IT des IRS zu spüren. Besonders die Hardware-Ausstattung des Instituts, die nicht für mobiles Arbeiten als Regelfall ausgelegt war, wurde zum Flaschenhals. Anspruchsvoll gestaltete sich auch die Suche nach Videokonferenz-Diensten, die stabil laufen und den verschiedensten Ansprüchen an Team- und Außenkommunikation genügen. Insgesamt lief der Umstieg auf virtuelle Formate in der hausinternen Zusammenarbeit jedoch erstaunlich gut. „Bei uns läuft die Teamkommunikation sogar besser als zuvor“, sagt Wolfgang Haupt, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“. Vor dem Lockdown seien Team-Treffen auf Grund der hohen Termindichte schwierig zu organisieren gewesen. „Jetzt treffen wir uns spontaner und deutlich öfter online.“ Die IRS-Leitung gab ihrerseits die Devise aus, die Forschenden sollten die neuen Umstände konsequent als Gelegenheit nutzen, um neue Arbeitsweisen zu erproben.

Chancen und Herausforderungen für die Forschung

Als schwierig zu kompensieren erwiesen sich die Einschränkungen durch die Pandemie jedoch bei der empiri-



schen Forschung selbst. Zahlreiche IRS-Projekte, besonders im Drittmittelbereich, sehen intensive Feldarbeit und damit lange Forschungsreisen vor – in Europa, Afrika, Asien und Amerika. „Wir mussten unsere Auslandsfeldforschungen in Nigeria und Estland aufgeben. Es lässt sich nicht alles über Skype-Interviews erheben, vor allem wenn man ethnographisch arbeiten will“, erklärt Gabriela Christmann, die unter anderem das DFG-Projekt „Digitale städtebauliche Planungen“ mit Fallstudien in New York und Lagos leitet. Wie wichtig es ist, sich vor Ort umzusehen, die konkreten Bedingungen selbst zu erleben, betont auch Jana Kleibert, Leiterin der Leibniz Junior Research Group TRANSEU, die Internationalisierungsstrategien von Universitäten beleuchtet. „Wir hatten gerade die zweite Datenerhebungswelle gestartet, als der Lockdown kam“, schildert Kleibert. „Wir mussten unser Team zurückholen, teilweise mit dem letzten Flug.“ Monatelange Vorbereitungsarbeiten der mehrwöchigen Forschungsreisen nach Frankreich und in die Golfregion seien umsonst gewesen.

Andererseits zeigten sich vereinzelt auch Vorteile von Online-Formaten, etwa im Projekt MaFoCi, das die Klimastrategien mehrerer Großstädte im Ostseeraum vergleicht (siehe auch S. 10). „Die langwierige Planung von Dienstreisen ist oft nicht mit dem Arbeitsalltag potenzieller Interviewpartner vereinbar“, sagt Wolfgang Haupt. „Wir vereinbaren Interviews jetzt flexibler online“. Eine Fokusgruppe mit Fachleuten der Stadtverwaltung von Turku (Finnland) sei online sogar deutlich produktiver verlaufen, weil es möglich war, die Wissenschaftlerin live zuzuschalten, die die Vergleichsfallstudie in Groningen (Niederlande) bearbeitete. „Wir waren aber schon an allen unseren Fallstudien-Orten, wir haben Kontakte und kennen die lokalen Bedingungen“, grenzt Haupt ein. „Ich weiß nicht was aus unserer Forschung geworden wäre,

wenn der Lockdown im Oktober 2019 begonnen hätte“.

Laufende Projekte nahmen sich des Themas an. Das Team des DFG-Projekts DeReBord, das Alltagspraktiken der Grenzziehung entlang der deutsch-polnischen Grenze untersucht, nahm die Konsequenzen der Grenzschließung in seine Datenerhebung auf. Das Leitprojekt der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“, das Diskurse um kritische Infrastrukturen am Beispiel der Energiewende und der Klimaanpassung untersucht, erweiterte seinen Blick, um die Debatte um das Gesundheitswesen als kritische Infrastruktur mit abzubilden. In einem Sonderheft der Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie erschienen zwei Artikel von Forschenden des IRS zu sozial-räumlichen Dynamiken der Coronapandemie (siehe S. 9).

Neben Problemen bei der Datenerhebung schlägt auch der organisatorische Mehraufwand für Projektverlängerungsanträge zu Buche. Bei neuen Projekten wird mittlerweile intensiv mit Online-Formaten geplant, auch wenn diese Forschungsreisen letztlich nicht ersetzen können. Methodische Notfalloptionen für den Fall einer lang andauernden Pandemie gehören mittlerweile zur Antrags- und Projektplanung. Thematisch wird die Coronakrise in nächster Zeit eine prominente Stellung in der IRS-Forschung einnehmen. Jüngst bewilligte beispielsweise die Regional Studies Association einen Forschungsantrag für ein Projekt über die Auswirkungen von COVID-19 auf Auslandscampusse von Hochschulen (siehe S. 24). Weitere Projekte sind in der Beantragung. Mit Sorge schauen Forschende allerdings auf die künftigen Möglichkeiten sich international zu vernetzen. „Konferenzen fallen weg, vor allem die besonders ergiebigen Flurgespräche am Rand der offiziellen Sessions. Das macht es schwierig sich in der Community zu orientieren“,

sagt Matthias Bernt, kommissarischer Leiter der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“.

Neue Formate

Bei Veranstaltungen, die durch das IRS organisiert werden, überwiegt wiederum der Aspekt des kreativen Experimentierens. „Veranstaltungen wie Workshops und Konferenzen lassen sich aus unserer Sicht sehr gut virtuell durchführen, was wir auch tun“, sagt Gabriela Christmann. „Faktisch haben wir nichts, was bei uns für 2020 auf der Agenda stand, abgesagt.“ So richtete Christmanns Forschungsabteilung im September die Abschlusskonferenz des Projekts RurAction zu sozialen Innovationen in ländlichen Räumen online aus, mehrere thematisch verwandte Transferveranstaltungen wurden ebenfalls online abgehalten (siehe S. 29 und 34).

Zentrale IRS-Veranstaltungen wie die IRS International Lecture on Society and Space und das Brandenburger Regionalgespräch wurden auf Online-Formate umgestellt, Video- und Audioaufzeichnungen werden veröffentlicht. Gerade die International Lecture eignet sich dafür. „Wir erreichen mit der Lecture jetzt ein größeres und noch stärker internationales Publikum, und auch mehr Sichtbarkeit in sozialen Medien“, sagt Sarah Brechmann vom Bereich Wissenschaftsmanagement und -kommunikation. Zwei Lectures fanden bisher online statt: Im Mai 2020 sprach der kanadische Journalist Doug Saunders über „Arrival Cities“, im September sprach der britische Geograph Mark Shucksmith über soziale Exklusion in ländlichen Räumen. Im Juni diskutierte außerdem IRS-Forscherin Madlen Pilz im ersten Online-Regionalgespräch mit Stefanie Kaygusuz-Schurmann von der Stadtverwaltung Cottbus und René Wilke, Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), über Ankunftsquartiere in ostdeutschen Städten (siehe S. 36). Das Gespräch

wurde als Audioaufzeichnung im IRS-Podcast Society@Space veröffentlicht. Das kommende Regionalgespräch zu der Frage, ob „Ostdeutschland“ heute noch eine valide Kategorie darstellt, wird in Form einer Videokonferenz durchgeführt und im Videokanal des IRS veröffentlicht.

Kompetenz in der Krisenforschung

Auch die wissenschaftliche Krisenkompetenz fand in der Coronakrise schnell den Weg in die Öffentlichkeit. In „Crisis Calls“ etwa, dem Leibniz-Videopodcast zur Coronakrise, diskutierte Oliver Ibert das Missverhältnis zwischen einer definitionsgemäß globalen Pandemie und der Dominanz nationaler Lösungsstrategien. In einem Interview mit Leibniz-Transfer erklärt er, wie Experten in Krisen handeln und wie wissenschaftliche Expertise in Krisen wirksam wird. In der Deutschen Welle äußerte sich IRS-Forscherin Ariane Sept zur „Stadtflucht“ in der Coronakrise. In zahlreichen Blogs wie dem Corona-Blog der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, dem Blog des Sonderforschungsbereichs „(Re)figuration von Räumen“ und dem Blog des Viadrina Centers „B/ORDERS IN MOTION“ posteten Forschende des IRS außerdem wissenschaftliche Einordnungen, Beobachtungen aus der Forschung und Reflexionen über neue Alltagspraktiken.

In der Summe hat die Coronakrise im IRS starke Lerndynamiken ausgelöst, deren Auswirkungen sich weit über die Pandemie hinaus manifestieren werden – besonders in der Digitalisierung von Abläufen, der Online-Zusammenarbeit und im mobilen Arbeiten. Auch in der Forschung wird die Krise in Zukunft (weiter) stark präsent sein. Dennoch hoffen die IRS-Beschäftigten auf ein baldiges Ende der Pandemie. ■

Ein Handbuch für die Krisenforschung

Unsere Wahrnehmung der Welt wird seit längerem von Krisendiagnosen geprägt. Konjunktur für die Krisenforschung also, doch keine Disziplin allein kann die komplexe Dynamik von Krisen beleuchten. Deshalb arbeitet der Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“, an dem auch das IRS mitwirkt, seit 2013 an interdisziplinären Ansätzen. Das Handbuch Krisenforschung ist ein zentrales Produkt des Forschungsverbundes. Das IRS ist mit drei Beiträgen prominent in dem Sammelband vertreten.

Im Forschungsverbund arbeiten 24 Leibniz-Institute aus fast dem gesamten Disziplinspektrum der Leibniz-Gemeinschaft zusammen, um die Mechanismen und Dynamiken von Krisen und deren wechselseitige Interdependenzen besser zu verstehen. Das 2020 erschienene Handbuch Krisenforschung arbeitet den Forschungsstand zu Krisen als politische Handlungssituationen auf und betont zugleich die enge Verbindung zur politischen Praxis, die sich in der Verwendung des Krisenbegriffs beobachten lässt. Während die Erforschung einzelner Krisenereignisse und -phänomene in vielen Disziplinen zum Tagesgeschäft gehört, sind übergreifende konzeptionelle Überlegungen zu Krisen meist auf organisatorische Aspekte des Krisenmanagements oder auf Krisendiskurse beschränkt. Daran anknüpfend und darüber hinausweisend bearbeitet das Handbuch Krisenforschung aus verschiedenen konzeptionellen und methodischen Perspektiven.

Herausgegeben wird der Band von Frank Bösch (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Nicole Deitelhoff und Stefan Kroll (beide Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) aus dem Lenkungs-kreis des Forschungsverbunds. In seinem Einführungsbeitrag spricht Stefan Kroll sich für eine „reflexive Krisenforschung“ aus: Sie soll die realen und als Fakten nicht zu leugnenden Bedrohungen, die etwa in Umwelt- oder Wirtschaftskrisen zu zerstörerischer Entfaltung kommen, gemeinsam mit der Ebene der gesellschaftlichen Wahrnehmung krisenhafter Ereignisse, sowie der Ebene des krisenbezogenen Handelns betrachten. Damit soll der Begriff der Krise weniger als eine objektive Kate-



Bösch, Frank; Deitelhoff, Nicole; Kroll, Stefan (2020) (Hrsg.): Handbuch Krisenforschung. Wiesbaden: Springer VS

Kontakt:
Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 118
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Jun.-Prof. Dr. Verena Brinks
Tel. 06131 39 26454
verena.brinks@uni-mainz.de

gorie für bestimmte Arten von Ereignissen dienen, denn als Beobachtungsfokus für die Art wie reale Gefahren und der Umgang mit ihnen sich auf eine typische - eben krisenhafte - Weise aufeinander beziehen.

Der Band ist in vier Teile gegliedert: Teil I zu Krisenkonzepten, Teil II zu Verläufen sowie Zeitlichkeit und Räumlichkeit von Krisen, Teil III zur Spezifik verschiedener Krisenfelder und Teil IV zum Umgang mit Krisen, etwa durch Krisenmanagement. Beiträge aus dem IRS tragen zu den Teilen II und IV des Bandes bei: Im Kapitel „Zur Räumlichkeit von Krisen“ rücken Verena Brinks und Oliver Ibert den bislang eher stiefmütterlich behandelten Aspekt der Räumlichkeit von Krisen in den Vordergrund. Dabei gehen sie auf vier unterschiedliche, aber sich wechselseitig beeinflussende Perspektiven auf Räumlichkeit ein: Relationalität, Territorialität, Skalarität und Topologie. Ebenfalls in Teil II diskutiert Heiderose Kilper die Interdependenz von Krisen in einer globalisierten Welt. Während Krisen uns immer schmerzhaft an die wechselseitige Abhängigkeit verschiedener Gesellschaftsbereiche erinnern, so ihre These, kommt in einer globalisierten Welt der Aspekt der Transnationalität dazu. In ihrem Kapitel zur Krisenberatung (Teil IV) diskutieren schließlich Verena Brinks und Oliver Ibert das Wechselspiel unterschiedlicher Arten von Expertenwissen in Krisen. Mit ihrer Unterscheidung in Experten in Krisen und Experten für Krisen machen sie deutlich, dass in Krisen auf sehr unterschiedliche Weise Expertise mobilisiert wird, jede mit ihrer spezifischen Relevanz, aber auch Begrenztheit. ■

Die sozialen Räume der Coronapandemie

Die Ausbreitung von COVID-19 ist ein räumliches Phänomen. Karten und Statistiken erfassen die Betroffenheitsgrade von Ländern und Regionen, Hotspots werden identifiziert und die Einflüsse von Mobilitätspraktiken wie Urlaubsreisen geprüft. Ein Sonderheft der Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie widmet sich dem Beitrag der Geographie zum Verständnis der Pandemie. Zwei Beiträge aus dem IRS betrachten die Pandemie aus einer sozialräumlichen Perspektive.

Verena Brinks und Oliver Ibert zeigen in ihrem Beitrag „**From Corona Virus to Corona Crisis: The Value of An Analytical and Geographical Understanding of Crisis**“ am Beispiel des COVID-19-Ausbruchs in Deutschland, was eine räumliche Perspektive auf Krisen beitragen kann. Dazu nutzen sie das TPSN-Konzept (Territory, Place, Scale, Network) des britischen Soziologen Bob Jessop und Kollegen. Dieses Konzept dient dazu, soziale Phänomene entlang ihrer territorialen Dimension, ihrer Ausprägung an konkreten Orten, ihrer Manifestation auf verschiedenen Skalenebenen und ihrer Ausbreitung zu analysieren. Brinks und Ibert machen darauf aufmerksam, dass in den Reaktionen auf die Ausbreitung des neuen Coronavirus verschiedene Ebenen ineinander spielen. So wirken mehrere territoriale Ebenen (Bund, Länder, transnationale Entitäten) bei der Pandemiebekämpfung teils zusammen und geraten teils in Konflikt, auch in Abhängigkeit davon, wie ein Staat organisiert ist (föderal oder zentralistisch). Brinks und Ibert positionieren sich kritisch gegenüber einer territorialen Logik der Pandemiebekämpfung. Sie heben den Widerspruch zwischen einem Problem, das international abgestimmtes Handeln erfordert, und einer zumindest anfangs stark in nationalen Grenzen gedachten Handlungsweise hervor.

Andreas Kuebart und Martin Stabler werteten für ihren Beitrag „**Infectious Diseases as Socio-Spatial Processes: The COVID-19 Outbreak In Germany**“ die ersten etwa 1000 Infektionsfälle in Deutschland während der ersten COVID-19-Welle aus, um die sozialräumlichen Prozesse zu identifizieren,



Aalbers, Manuel B.; Beerepoot, Niels; Gerritsen, Martijn (eds.) (2020): *The Geography of the COVID 19 Pandemic. Tijdschrift voor economische en sociale geografie III (3)*

Kontakt:
Dr. Andreas Kuebart
Tel. 03362 793 186
andreas.kuebart@leibniz-irs.de

Jun.-Prof. Dr. Verena Brinks
Tel. 06131 39 26454
verena.brinks@uni-mainz.de

die das Infektionsgeschehen antrieben. Sie identifizieren drei Hauptdynamiken: regionale Ausbruchsdynamiken durch Superspreading-Events wie Karnevalsfeiern und Club-Partys, die Verbreitung des Virus durch Mobilitätsnetzwerke, insbesondere Tourismus, sowie Ausbrüche in geschlossenen Umgebungen wie Kreuzfahrtschiffen und Altenheimen. Anders als in den gut dokumentierten Ausbrüchen von SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) und MERS (Middle East Respiratory Syndrome) in den 2000er Jahren spielte hierarchische Ausbreitung (über eng miteinander vernetzte Metropolen) dagegen eine deutlich abgeschwächte Rolle, wie auch die Ausbreitung in der Fläche über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg. Der besonders dramatische Ausbruch im Kreis Heinsberg blieb beispielsweise auf den Kreis begrenzt, Pendlerverflechtungen über die deutsch-niederländische Grenze hinweg führten nicht zu einer räumlichen Ausbreitung des Infektionsgeschehens. Kuebart und Stabler ziehen daraus den Schluss, dass die Schließung von Grenzen, die in den stark verflochtenen europäischen Grenzregionen zu schweren Disruptionen des Alltags und auch der Kooperation in der Pandemiebekämpfung führten, nicht sinnvoll waren. Regional begrenzte Mobilitätsbeschränkungen, das Verbot von Veranstaltungen sowie Einschränkungen im Reiseverkehr seien dagegen adäquat gewesen.

Ein Denken in Territorien, einschließlich Grenzsicherungen, war in der Frühphase der Coronapandemie somit nur insofern sinnvoll, als es zur Unterbrechung verursachender Mobilitätsnetzwerke führte. ■

„Ohne Druck gibt es kein Lernen“ – ein IRS-Gespräch über Krisen, Lerngelegenheiten und Lernblockaden

Zahlreiche Forschungsteams im IRS beschäftigen sich direkt oder indirekt mit dem Thema Krisen. Künftig soll dieser thematische Fokus weiter ausgebaut werden. Die Coronakrise gab den Anlass dafür, sich zu der Frage auszutauschen, ob und wie aus Krisen gelernt werden kann. Im Sommer 2020 diskutierten darüber per Videokonferenz Tjorven Harmsen, Wolfgang Haupt, Oliver Ibert, Kristine Kern und Elisa Kochskämper. Das Gespräch wird hier verdichtet wiedergegeben.

Sie alle beschäftigen sich in Ihren Forschungen aus unterschiedlichen Perspektiven mit Krisen oder krisenhaften Ereignissen. Was ist eigentlich eine Krise? Und was interessiert Sie daran?

Oliver Ibert: In unserer Krisenforschung arbeiten wir mit drei Merkmalen, die eine Krise kennzeichnen: fundamentale Unsicherheit, Dringlichkeit von Entscheidungen und Bedrohlichkeit – alles Dinge, die wir beispielsweise in der Coronakrise sehen. Ich habe im Zuge der Finanzkrise 2008/09 angefangen, mich für Krisen zu interessieren, weil wir als Wirtschaftsgeographen damals, wieder einmal, nicht nach unserer Expertise gefragt wurden. Ich dachte: Wir brauchen ein allgemein gültiges Verständnis von Krisen und wie sie ablaufen. Das war ein Grund, weshalb ich mich beim Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ eingebracht habe. Ich habe mich außerdem schon meine ganze Karriere über mit Innovation beschäftigt, also mit der Frage: Wie kommt Neues in die Welt? Aus dieser Perspektive finde ich die Ambivalenz von Krisen interessant. Sie sind Wendepunkte zum Besseren oder zum Schlechteren. Sie sind bedrohlich, aber sie können auch Gelegenheiten für Innovation bieten.



Dr. Wolfgang Haupt
Tel. 03362 793 187
wolfgang.haupt@leibniz-irs.de

Wolfgang Haupt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“. In seiner Forschung beschäftigt er sich primär mit kommunaler Klimapolitik, transnationalen Klimanetzwerken und interkommunalen Lernprozessen. Im Rahmen von zwei Projekten untersucht er die klimapolitischen Strategien deutscher und europäischer Städte.

Tjorven Harmsen: Ich forsche zu der Frage, wie in Krisen Resilienzpoteziale aktiviert werden, also wie Akteure mit Krisen umgehen und auch daraus lernen können. Wir beschäftigen uns im Team auch mit der Rolle von Beratung und Expertise in Krisen. Dabei schauen wir uns sehr unterschiedliche Arten von Krisen an: Die Fluchtkrise von 2015 ist ein Beispiel für Verwaltungskrisen, die Krise der Porzellanindustrie ein Beispiel für Wirtschaftskrisen und als Beispiel für Umweltkrisen schauen wir uns komplexe Schiffsunglücke an. Dabei beziehen wir uns auf die drei Merkmale, die Oliver Ibert schon genannt hat.

Wolfgang Haupt: Ich beschäftige mich mit städtischen Klimaanpassungsstrategien. Wir arbeiten in unserem Projektteam nicht explizit mit dem Begriff „Krise“, aber natürlich betrachten wir disruptive Ereignisse, die eine Krise auslösen könnten. Konkret untersuchen wir, wie Städte sich auf potenziell zerstörerische Starkregenereignisse vorbereiten, die im Zuge des Klimawandels immer häufiger werden. Es geht also mehr um die strategische Perspektive, um Antizipation und die Frage, wie man eine Krise verhindern kann.

Elisa Kochskämper: Meine Perspektive ist ähnlich. Mich interessiert, welche Rolle Vorbereitung für den Umgang mit Krisen spielt, für die neuen Rou-





tinen, die sich in Krisen herausbilden. Die Coronakrise kam unerwartet, der Klimawandel ist dagegen schon lange bekannt, und im Rahmen von Klimaanpassung bereiten sich viele Akteure aktiv auf krisenhafte Zustände vor. Welchen Unterschied macht es, ob man gewarnt war oder nicht? Welchen Einfluss hat eine eher theoretische Vorbereitung im Vergleich zu praktischer Erfahrung? Was ist Lernen im Moment, was ist eher die Anwendung vorhandener Erfahrungen?

Kristine Kern: Ich bin von Haus aus Ökonomin und habe mich schon immer mit Krisen beschäftigt – Weltwirtschaftskrise, Kubakrise, Ölkrise; Umweltkrisen gibt es auch schon lange, man denke nur an Tschernobyl, später Fukushima. In jüngerer Zeit gab es die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise, Corona. Es entsteht der Eindruck, dass die Krisen überhaupt nicht aufhören. Aber auch der Kalte Krieg war eine Zeit permanenter Krise. Mich interessiert hauptsächlich, wie Krisen sich gegenseitig beeinflussen. Also beispielsweise die Coronakrise und die Klimakrise. Interessant sind aber auch die Ereignisse, die Politik in neue Bahnen lenken, wie etwa das Reaktorunglück von Fukushima die Energiepolitik verändert hat. Auch in der Klimaanpas-



Tjorven Harmsen
Tel. 03362 793 286
tjorven.harmsen@leibniz-irs.de

Tjorven Harmsen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“. Im Projekt „Resilienter Krisenumgang“ (RESKIU) untersucht sie am Beispiel von schweren Schiffsunglücken die Verläufe von Umweltkrisen sowie die Rolle von Expertenwissen in ihnen. Im Rahmen des Projektes treibt sie ihre Promotion im Fach Soziologie voran.

sung gibt es solche Ereignisse, wenn auch auf einem anderen Niveau. In der Krise werden Institutionen geschaffen, die die nächste Krise verhindern sollen, beispielsweise bei Hochwasserereignissen.

Krise, Katastrophe, Unsicherheit, disruptives Ereignis, wie hält man das auseinander?

Tjorven Harmsen: Wir betrachten Krisenfälle oft mit einem auslösenden Ereignis, das wir als disruptiv bezeichnen. Etwa eine Explosion auf einem großen Handelsschiff, durch die Menschen und Umwelt bedroht werden. Bei der Finanzkrise 2008 wäre das analoge Ereignis beispielsweise die Pleite der Lehmann Brothers-Bank. Unsicherheit besteht mit Blick auf die Frage, wie es nach dem auslösenden Ereignis weitergeht, was zu tun ist, welche Konsequenzen drohen. Auf ein disruptives Ereignis folgen Reaktionsmechanismen, die teils professionalisiert sind. Es gibt Organisationen, die darauf spezialisiert sind, die Folgen solcher Ereignisse zu begrenzen.

Elisa Kochskämper: Eine Katastrophe hat langfristige Auswirkungen. Bei einem disruptiven Ereignis ist das



nicht so klar. Es kommt darauf an, wie gut das jeweilige System damit umgehen kann, wie resilient es ist.

Oliver Ibert: Ja, eine Katastrophe ist ein eingetretener Schadensfall. Eine Krise ist dagegen zukunfts offen, der größte Schaden kann noch abgewendet werden, wenn die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Disruptive Ereignisse wiederum müssen nicht unbedingt eine Krise auslösen. Viele Organisationen beschäftigen sich mit Notsituationen, die regelmäßig auftreten, die „normal emergencies“. Hochwasser gibt es fast jedes Jahr wieder, es gibt auch Schäden, aber es gibt Routinen des Umgangs und meistens wird daraus keine Krise. Erst wenn die Routinen versagen, wenn die Unsicherheit größer wird, ist es eine Krise, die zur Katastrophe anwachsen kann.

Wie kommt es dazu, dass aus manchen Ereignissen eine Krise wird und aus anderen nicht?

Elisa Kochskämper: Eine Krise kann durch mangelnde Koordination entstehen oder dadurch, dass vorhandene Strukturen einfach inadäquat sind. Die Hochwasserereignisse von 2013 in Süddeutschland sind dafür ein Beispiel.



Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 118
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Oliver Ibert ist Direktor des IRS und Professor für Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung an der BTU Cottbus-Senftenberg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Innovationsprozesse, Prozesse der ökonomischen Wertkreation, regionalökonomische Transformation sowie die räumlichen Dynamiken von Krisen und Resilienzkonstruktionen.

Nur weil man weiß, was bei einem Hochwasser passiert, heißt das noch lange nicht, dass man eingespielte, gefestigte Reaktionsweisen hat. In kleineren Kommunen sind die freiwilligen Feuerwehren für den Katastrophenschutz zuständig. Formal müssen die einen Krisenplan haben. De facto ist das aber oft ein DIN A4-Blatt mit drei Stichpunkten, das der Feuerwehrchef verwahrt. Wenn er im Urlaub ist, weiß niemand was zu tun ist. Gerade bei Hochwassern kommt noch der Zeitfaktor dazu. Früher waren Hochwasser in erster Linie Flusshochwasser. Die entwickeln sich relativ langsam. Seit einiger Zeit sind Hochwasser aber immer öfter das Ergebnis von Starkregen, die sehr schnell kommen. Die Geschwindigkeit beeinflusst, wie gut die vorhandenen Routinen funktionieren.

Oliver Ibert: Es ist grundsätzlich nicht vorhersehbar wann eine Krise auftritt. Wenn ein Problem lange ignoriert wird, steigt aber die Wahrscheinlichkeit, dass es sich als Krise ungefragt auf die Agenda drängt. Man muss dabei Krisen immer aus der Perspektive der sozialen Akteure denken, die von ihr betroffen sind. Bei einem Hochwasser ist ja nicht der Fluss in einer Krise, möglicherweise aber die Hochwasser-schutzbehörde. Ganz dicht am Gesche-

hen sind zunächst meist Organisationen, die direkt damit beschäftigt sind Gefahren abzuwehren – Sicherheitsbehörden oder Notenbanken etwa. Die arbeiten mit Eintrittswahrscheinlichkeiten, Schwellenwerten etc. Sie leben mit der Gefahr. Viel interessanter finde ich aber die Verästelungen von Krisen in andere Systeme. Die Coronapandemie betrifft nicht nur das Gesundheitswesen, sie schlägt auf völlig unvorhergesehene Art durch auf die Luftfahrt, die Fleischindustrie und Kreuzfahrtenanbieter. Die geraten von heute auf morgen in eine existenzielle Krise, ohne sich zuvor damit auseinandergesetzt zu haben.

Es gibt aber auch einen kommunikativen Aspekt. Wenn jemand das Wort „Krise“ verwendet, signalisiert er damit: „Ich beschäftige mich mit einem sehr dringlichen Problem!“ Das Wort „Bildungskrise“ lässt ein Problem im Bildungssystem gleich doppelt so groß aussehen. Wir sehen durchgängig, dass man eine Krise nicht an objektiven Faktoren festmachen kann. Wirtschaftsdaten wie Arbeitslosigkeit können sich über längere Zeit schlecht entwickeln, und dann ist auf einmal ein Krisendiskurs da. Wir sagen, Krisen sind sozial konstruiert und performativ hergestellt. Das macht sie nicht weniger real. Es gibt Akteure, die Krisen ausrufen. Manche Organisationen haben sich darauf verlegt, andere in Reputationskrisen zu stürzen – etwa, wenn Greenpeace gezielt die Umweltsünden eines ganz bestimmten, im Rampenlicht stehenden Unternehmens anprangert. Für dieses sind dann die drei Krisenmerkmale Unsicherheit, Bedrohung und Handlungsdruck sehr real, sie lassen sich nicht ignorieren.

Kristine Kern: Es stimmt, Krisen werden sozial konstruiert. Medien, oder auch Organisationen wie Greenpeace wirken dabei mit, dass ein Ereignis in der öffentlichen Wahrnehmung zur Krise wird. Es gibt aber auch objektiv unterschiedliche Häufigkeiten von Ereignissen. Nehmen wir Kernenergie: Man weiß, dass ein Unglück wie in



Prof. Dr. Kristine Kern
Tel. 03362 793 205
kristine.kern@leibniz-irs.de

Kristine Kern ist Kommissarische Abteilungsleiterin der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regional Gemeinschaftsgüter“ des IRS und Gastprofessorin an der Åbo Akademi University in Turku, Finnland.

Ihre Forschungsinteressen konzentrieren sich auf lokale und regionale Klima- und Energiepolitik, die nachhaltige Entwicklung von Städten und Regionen, transnationale Städtenetzwerke, europäische Regionalmeere und die makroregionalen Strategien der EU.

Tschernobyl oder Fukushima wieder passieren wird, aber ob es jetzt passiert oder in 1000 Jahren, das weiß man nicht. Hochwasser treten häufiger auf, es gibt einen etablierten Umgang damit. Trotzdem gibt es immer wieder Katastrophen wie die Sturmflut 1962, das Oderhochwasser 1997 oder das Elbhochwasser 2002.

Was bedeutet es, aus Krisen zu lernen? Was passiert da?

Kristine Kern: In Krisen kommt es zu Institutionalisierungen: Neue Institutionen, also Regeln, werden eingeführt, um künftig ähnliche Krisen bzw. den Eintritt von Schäden zu verhindern. Die Frage ist allerdings, wer lernen kann und auf welcher Ebene gelernt wird. Ein Hochwasser ist relativ lokal. Es passiert auch verhältnismäßig häufig, sodass es eine lange Geschichte von Institutionalisierungen gibt. Die örtliche Feuerwehr kann beispielsweise aus Hochwasserereignissen lernen. Bei Corona können die Bürgerinnen und Bürger immerhin mitwirken, bei einem Reaktorunglück kaum. Je weitreichender die möglichen Konsequenzen eines Ereignisses sind, desto zentralistischer werden präventive und reaktive Maßnahmen gesteuert, etwa durch nationale Behörden oder sogar internationale Organisationen.

Oliver Ibert: Die hier angesprochenen Lerneffekte finden allerdings alle bei den Organisationen statt, die für Schadensabwehr zuständig sind. Es gibt aber auch andere Varianten des Lernens. In der Schifffahrt hat es beispielsweise eine Professionalisierung des Krisenmanagements gegeben, eine ganz neue Wissensdomäne ist entstanden. Man nimmt in Kauf, dass Krisen eintreten, weil man sie ohnehin nicht gänzlich verhindern kann. Stattdessen gibt es Krisenmanagementfirmen, die sich sogar auf einzelne Phasen oder Teilaspekte von Krisen spezialisiert haben, und deren Aufgabe es ist, zu verhindern, dass aus einer Krise eine Katastrophe wird. Manche Organisationen haben sich darauf spezialisiert,

aus jeder Krise ex-post Lehren zu ziehen, die dann wieder im Krisenmanagement angewendet werden.

Dann gibt es noch Lernprozesse, die nicht direkt etwas mit Sicherheit zu tun haben, zum Beispiel digitales Zusammenarbeiten. Zu Beginn der Coronakrise waren wir alle auf einmal im Homeoffice und haben versucht, unsere Arbeitsroutinen aufrecht zu erhalten. Wir haben Meetings durch Videokonferenzen ersetzt und angefangen online zu forschen. Diese Mischung aus Dringlichkeit und Unsicherheit stiftet Lerngelegenheiten. Wir waren gezwungen, Dinge zu probieren, zu improvisieren und dabei auch eine höhere Fehlertoleranz zu zeigen. In der Online-Lehre hat zum Beispiel niemand erwartet, dass alles perfekt klappt. Gesteigerte Fehlertoleranz kann befreien, kann helfen Dinge zu probieren und Erfahrungen jenseits der Routine ermöglichen. Diese werden dann wieder verstetigt, etwa in Lehr-Stundenplänen, die ganz selbstverständlich Online- und Präsenzformate kombinieren. Und in Forschungsanträgen werden jetzt selbstverständlich Online-Erhebungsphasen eingeplant. Das sind Innovationen, für die eine Krise den Anstoß gegeben hat.

Elisa Kochskämper: Vielleicht müssen aber gar nicht unbedingt neue Routinen in der Krise entstehen, damit man von einem Lerneffekt sprechen kann. Krisen können Systemschwächen offenlegen. Es können Dinge in den Vordergrund treten, die lange nicht bearbeitet wurden. Dass beispielsweise Digitalisierung im Arbeitsalltag unzureichend umgesetzt ist, liegt schon lange auf dem Tisch, aber es galt als nicht so dramatisch, deswegen wurde nichts gemacht. In der Coronakrise hat sich gezeigt, dass darin eine Verwundbarkeit liegt. Diese wird jetzt ernst genommen.



Dr. des. Elisa Kochskämper
Tel. 03362 793 245
elisa.kochskaemper@leibniz-irs.de

Elisa Kochskämper ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“. Sie untersucht politische Konstruktionen der Infrastruktur-Kritikalität. Dabei liegt ihr Fokus auf urbaner Klimawandelanpassung.

Gibt es denn bestimmte Faktoren, die darüber entscheiden, ob aus einer Krise gelernt wird oder nicht?

Tjorven Harmsen: Krisen bieten zwar Lerngelegenheiten, aber gerade in einer hoch professionalisierten Problembearbeitung haben Krisen auch eine Eigendynamik, die zumindest tiefergehende Lernprozesse wieder ausbremst. In Organisationen, die ein disruptives Ereignis verarbeiten, rückt die akute Krise in der Prioritätenliste auf Platz eins. Sie wirkt als Aufmerksamkeitsfänger, wie ein Stressimpuls, der dazu führt, dass Muskeln stärker durchblutet werden. Sobald aber die akute Krise vorbei ist, werden wieder Ressourcen vom jeweiligen Thema abgezogen. Die Organisation müsste sich dann aktiv dafür entscheiden aus der Krise lernen zu wollen. Das ist eine Hürde.

Elisa Kochskämper: Was wir aus Forschung zum Politiklernen im Kontext von Hochwasser wissen ist, dass nur unter Druck wirklich gelernt wird. Lernen durch Erfahrung führt zu mehr Ergebnissen als Lernen durch theoretische Auseinandersetzung mit einem Thema. Lernen über räumliche und fachliche Zuständigkeitsgrenzen oder über Politikfelder hinweg funktioniert außerdem eher schlecht. Das heißt: Für die Organisationen, die unmittelbar betroffen sind, bieten Krisen Gelegenheitsfenster zum Lernen. Die Frage bleibt aber, ob neues Wissen wirklich in neue Routinen überführt wird. Welche Konsequenzen genau gezogen werden, hängt letztlich stark vom jeweils herrschenden Diskurs ab, wie auch von den Interessen und Agenden der beteiligten Akteure.

Am intensivsten lernen Mitglieder einer Community of Practice voneinander, also Menschen, die sich in ihrem Alltag mit derselben Art von Problemen beschäftigen. Das funktioniert auch über Distanz hinweg und

unabhängig davon, ob jemand persönlich von einer Krise betroffen ist. Bei einer Krise, die an einem bestimmten Ort stattfindet, ist also die Frage, wie die lokale Gemeinschaft sich möglicherweise überlappt mit Praktikergemeinschaften, die wichtige Erfahrungen weitertragen können.

Wolfgang Haupt: In Münster gab es 2014 ein Unwetter, das schwere Schäden verursacht hat. Das hat Aufmerksamkeit erzeugt. Münster gilt als sehr fortschrittlich in der Klimaanpassung, also auch in der Vorbereitung auf Ereignisse wie dieses. Wenn es dort zu schweren Schäden kommen kann, dann sehen andere Kommunen, dass es bei ihnen auch passieren kann. Das ist ein wesentlicher Punkt: Damit Akteure aus einem Ereignis lernen können, das woanders stattfindet, müssen sie einen Bezug zu dem Ort haben. Es muss Referenzpunkte geben, die vermitteln: „Das kann uns auch betreffen“. Tschernobyl lag in der Sowjetunion, das war gefühlt – technisch, politisch – sehr weit weg. Man konnte sagen: „Bei uns kann so etwas nicht passieren.“ Japan ist näher an unserem Selbstverständnis als Industrienation dran, deshalb hatte das Reaktorunglück in Fukushima für unsere Energiepolitik direktere Konsequenzen. Der verrauchte Himmel über San Francisco betrifft uns gefühlt auch direkter als Feuer am Amazonas oder in Sibirien.

Oliver Ibert: Sicher ist entscheidend, ob eine organisationale Einheit dazu bereit ist, neue Lektionen zu lernen, etwa wenn sie sich schon mit dem jeweiligen Thema beschäftigt hat. Die Krise bestätigt dann die Vorbereitung. Die Frage der Bereitschaft hat aber auch eine normative, institutionelle Komponente. In Frankreich ist Atomenergie beispielsweise ein Modernitätssymbol. Das Land bezieht ca. 70% seines Stroms aus Atomenergie. Wenn man so aufgestellt ist, lässt man sich auch nicht von einem Ereignis wie in Fukushima erschüttern. Wichtig ist auch, wie eine Krise erklärt wird. Werden interne oder externe Erklärungsfaktoren herangezogen?

Je mehr eine Krise durch äußere Faktoren erklärt wird, desto weniger wird daraus gelernt. Wenn andere schuld sind oder sogar niemand schuld ist, kann ich keine Konsequenzen ziehen. Je mehr ich aber eine Krise als Konsequenz innerer Unzulänglichkeiten sehe, desto eher bin ich dazu bereit.

Es gibt aber auch die gegenteilige Gefahr, dass Krisen vollends die Logik politischer Steuerung dominieren, dass nichts mehr strategisch und planvoll abgearbeitet werden kann, und dass beim Lernen aus Krisen Einzelereignisse aufgebläht und fälschlicherweise allgemeine Rückschlüsse aus ihnen gezogen werden. Ich finde die Frage spannend, ob es tatsächlich stimmt, dass wir von einer Krise in die nächste schlittern, und dass nur noch im Krisenmodus regiert wird. In welchem Verhältnis stehen alltägliches Politikverständnis und Krisenmanagement? Wie kann ich erfolgreich Krisen als Lerngelegenheiten nutzen und zugleich die politische Steuerungsfähigkeit im Alltag nicht verlieren? Das ist ein Forschungsthema für die Zukunft.

Kristine Kern: Man kann sicherlich Unterschiede zwischen nationalen Kulturen sehen bei der Art wie Risiken bewertet werden. In Deutschland sind Deiche höher als in den Niederlanden. Dafür gibt es keine rationale Erklärung. Auch den Diskurs um das Waldsterben in den 1980ern gab es in Frankreich nicht.

Man muss aber auch konkret auf die Art der Krise schauen. Wenn wir über eine Verwaltungskrise reden, dann ist die Frage, wie eine Verwaltungsorganisation aussehen kann, die Lernen fördert. Es gibt Diskussionen über das Konzept der „agilen Verwaltung“, das völlig andere Strukturen vorsieht, als wir sie haben. Aber auch hier gibt es Unterschiede zwischen Ländern. Stadtverwaltungen in Finnland lernen beispielsweise schneller als in Deutschland. Das liegt womöglich auch daran, dass dort die Digitalisierung weiter fortgeschritten ist. In der

Coronakrise wurde grundsätzlich sehr schnell Neues gelernt. Der schwierigere Teil ist aber das Verlernen alter Routinen.

Vor Corona wurde viel über die Klimakrise geredet. Ist es überhaupt sinnvoll, hier von einer „Krise“ zu sprechen?

Kristine Kern: Ich denke, dass es auch Krisen gibt, die länger laufen. Wir wissen seit den 1980er Jahren, dass der Klimawandel ein globales Problem ist. Seitdem gibt es immer wieder disruptive Ereignisse, in letzter Zeit immer mehr. Man kann darüber streiten, ob man von einer Klimakrise sprechen soll, aber es wird in letzter Zeit verstärkt gemacht. Und es sind immer Ereignisse, die den Anlass dazu geben. Das müssen keine Wetterereignisse wie Dürren oder Überschwemmungen sein. Es kann auch die Veröffentlichung des neuesten IPCC-Berichts sein, das Scheitern des Kopenhagen-Klimagipfels, der Abschluss des Pariser Abkommens. Allerdings funktioniert politisches Agendasetting so, dass immer nur ein Krisendiskurs angesagt sein kann und der vorherige verdrängt wird. Bereits 2008 war viel von Klima die Rede, dann kam die Finanzkrise. Aktuell hat die Coronakrise die Klimakrise verdrängt. Aber sie wird wiederkommen, genau wie die Flüchtlingskrise.

Oliver Ibert: Ich finde es irreführend, die langfristige Erderwärmung als Krise zu bezeichnen. Der Klimawandel begünstigt disruptive Ereignisse wie Dürren und Wirbelstürme. Aber der Begriff „Krise“ sollte auf soziale Systeme beschränkt bleiben, die durch ein von außen oder auch von innen kommendes Ereignis herausgefordert werden und darauf reagieren. Eine Krise ist immer ein zeitlich gedrängtes Aufmerksamkeitshoch, das durch die anfangs genannten drei Merkmale gekennzeichnet wird. Der Klimawandel ist aber ein Feld, in dem immer wieder Krisen entstehen. Das kann ein gutes Kriterium für Lernen in der Krise sein: Wenn in einem



Feld immer wieder Krisen entstehen, dann lohnt es sich, aus diesen Krisen zu lernen. Und es stimmt, die globale Migrationsfrage ist nicht annähernd gelöst. Hier werden wir noch viele Krisen erleben. Obwohl es eigentlich keinen überraschen kann, werden doch immer wieder Situationen entstehen, die so niemand antizipiert hat, die schnell eskalieren, und in denen schnell improvisiert und gelernt werden muss.

Elisa Kochskämper: Ich kann die Trennung zwischen Krisen als Einzelereignissen einerseits und einem auslösenden Problemfeld oder einer längerfristigen Entwicklung andererseits nachvollziehen, aber ich bin nicht sicher, ob sie wirklich vernünftig ist. Das, was den Klimawandel so krisenhaft gemacht hat, ist doch der seit Jahrzehnten fehlende Umgang damit, also die Abwesenheit von Lernen. Es gibt Modelle des Erfahrungslernens, die mehrere Stärken von Verhaltensänderungen unterscheiden, von „einfach“ bis hin zu „systemverändernd“. Diese Modelle ließen sich eigentlich gut mit der Krisendefinition verbinden, die wir schon diskutiert haben. Dann könnte man Lernen nicht mehr nur als Ergebnis von Krisen verstehen, sondern auch als Einflussfaktor dafür, ob Entwicklungen langfristig immer krisenhafter eskalieren.

Ist die Coronakrise auch eine Chance für den Klimaschutz, etwa wenn Finanzmittel für die wirtschaftliche Erholung konsequent in klimafreundliche Projekte gelenkt werden?

Oliver Ibert: Rhetorisch wird dieser Punkt ja ganz stark gemacht. Ich habe meine Zweifel. Wie hier schon gesagt wurde, lernen wir aus Krisen immer das, was wir bereit sind zu lernen. Eine Krise ist außerdem auch eine Gelegenheit, eine Agenda durchzudrücken, die man immer schon hatte, wie zum Beispiel erweiterte „Notstands“-Befugnisse für Regierungen und Behörden. Insofern kann die Coronakrise einen Impuls für eine langsame Umorientierung geben, die ohnehin schon stattfindet, aber sie wird kein grundlegendes Umdenken bei Akteuren auslösen, die bisher kein Interesse an Klimaschutz gezeigt haben.

Kristine Kern: Die Coronakrise bietet durchaus Chancen für den Klimaschutz, die aber konsequent genutzt werden müssen: Diese Krise hat dazu geführt, dass Deutschland sein für 2020 vorgesehenes Reduktionsziel bei den Treibhausgasemissionen höchstwahrscheinlich einhalten wird, was ansonsten nicht möglich gewesen

wäre. Die Coronakrise hat auch das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung beeinflusst. Negativ betroffen ist der öffentliche Verkehr, viele sind aufs Auto umgestiegen, viele aber auch aufs Fahrrad. In Berlin sind Pop-up-Radwege entstanden, die bereits zum Gegenstand gerichtlicher Entscheidungen geworden sind. Wie dieser Kampf um den öffentlichen Raum ausgehen wird, ist offen. Aber die Krise hat gezeigt, dass Veränderungen zu Gunsten von Fuß- und Radverkehr möglich sind. Das Berliner Mobilitätsgesetz muss jetzt konsequenter und zügiger umgesetzt werden. Gerade im Verkehrsbereich sinken die CO₂-Emissionen ja nicht, sondern steigen tendenziell eher. Im Verhältnis von Stadt und Land entstehen neue Herausforderungen: Wenn jetzt verstärkt Städter aufs Land ziehen, kann das den Druck zu mehr Nachverdichtung verringern, die innerstädtische Grünflächen gefährdet – die wir für die Klimaanpassung dringend benötigen. Auf der anderen Seite entstehen neue Pendelverkehre, die vermieden oder zumindest klimaneutral organisiert werden müssen. Und mehr Fläche wird insgesamt verbraucht. Es hängt von der politischen Gestaltung ab, ob die Chance, die in dieser Krise liegt, genutzt wird. ■

Debatte: Sind soziale Innovationen die Antwort auf gesellschaftliche Krisen?

Krisen legen typischerweise strukturelle Probleme offen, die oft schon lange existiert haben: unsolide Geschäftsmodelle etwa, die politische Verdrängung sozialer Probleme oder umweltzerstörerische Produktions- und Konsumpraktiken. Zugleich gelten Krisen auch als Gelegenheiten, neuen Ansätzen zum Durchbruch zu verhelfen: „Never let a good crisis go to waste“ lautet ein Zitat, das, wie so viele andere, Winston Churchill zugeschrieben wird. Befördern Krisen Innovation? Und, umgekehrt gefragt, sind Innovationen die Antwort auf Zustände, die strukturell nicht nachhaltig sind und somit wiederholt Krisen produzieren? Wenn in den Sozialwissenschaften über innovative Auswege aus krisenhaften Zuständen gesprochen wird, sind damit nicht in erster Linie rein technische oder rein wirtschaftliche Innovationen gemeint. Schließlich ist offensichtlich, dass eine sozial-ökologische Transformation als Antwort auf etwa die Klimakrise nicht allein durch technisch-ökonomische Innovationen erreicht werden kann, sondern dass es neuer sozialer Praktiken bedarf, geänderter Mobilitätsgewohnheiten etwa. Im IRS wird intensiv zu sozialen Innovationen geforscht, doch nicht alle Forschenden beurteilen das Konzept der sozialen Innovation gleich. Zwei IRS-Forscher, der Politikwissenschaftler Timmo Krüger und der Soziologe Ralph Richter beziehen hier Position in der Debatte um soziale Innovationen.

Timmo Krüger

Der Innovationsimperativ ist Teil des Problems

Obwohl die Diagnose einer tiefen sozial-ökologischen Krise der Gesellschaft mittlerweile weithin geteilt wird, verharren Lösungsansätze in konventionellem wirtschaftspolitischen Denken, das Wachstum – nunmehr in Form von „grünem“ Wachstum – priorisiert. Tatsächlich führten aber bisher nicht grüne Wachstumsstrategien, sondern nur Wirtschaftseinbrüche (ausgelöst durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2009 und aktuell durch die COVID-19-Pandemie) zu absoluten Reduktionen globaler Emissionen. Ab 2010 stiegen die Emissionen rasch wieder, und ohne weitreichende Maßnahmen wird das auch nach der COVID-19-Pandemie wieder der Fall sein.

Da liegt der Ruf nach sozialen Innovationen nahe. Und tatsächlich hat die Popularität des Konzepts die Aufmerksamkeit für die komplexen sozialen Erfordernisse von Transformations-



Dr. Timmo Krüger
Tel. 0355 69 2449
timmo.krueger@b-tu.de

Timmo Krüger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Regionalplanung der BTU Cottbus-Senftenberg und war bis Oktober 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsabteilung "Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter" des IRS. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der Governance gesellschaftlicher Naturverhältnisse, insbesondere mit Konflikten in der Energie- und Klimapolitik.

prozessen erhöht und zu einer Aufwertung der wichtigen Arbeit von zivilgesellschaftlichen Grassroot-Initiativen beigetragen. Aus der Postwachstumsperspektive, aus der ich argumentiere, bringt das Konzept aber einige problematische Aspekte mit sich. Dabei steht außer Frage, dass unter dem Schlagwort der sozialen Innovation auch gute Forschung und emanzipatorische Projekte durchgeführt wurden. Insofern zielt meine Kritik nicht auf die tatsächlich gelebten konkreten Projekte, sondern auf den Innovationsimperativ, der mit dem Konzept der sozialen Innovation reproduziert wird.

Im Zentrum von Degrowth steht die Forderung einer demokratisch kontrollierten, drastischen Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgasemissionen, um den Zielen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit (insbesondere auf globaler Ebene) näher zu kommen. Eine entsprechend



drastische Reduktion des Verbrauchs von Energie, Rohstoffen und Land ist – in der gebotenen Dringlichkeit – nur durch eine verringerte Produktion und Konsumtion von ressourcen- und emissionsintensiven Gütern und Dienstleistungen erreichbar. Das Konzept sozialer Innovationen ist aus vier Gründen nicht mit dieser Perspektive vereinbar.

Es unterstellt erstens, dass stets die vermeintlichen oder tatsächlichen Neuerungen von sozialen Praktiken und Initiativen den Ausschlag für sozial-ökologische Transformationen geben. Übersehen wird dabei mitunter, dass das Transformationspotenzial bestimmter Praktiken und Initiativen eventuell auf ganz anderen Ebenen zu finden sind – beispielsweise in Erfahrungen von Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit. Darüber hinaus steigert die Innovationserwartung das Prinzip der permanenten Aktivierung von noch nicht gänzlich ausgeschöpften physischen, sozialen und kulturellen Energiequellen. Ganz praktisch wirkt sich das beispielsweise auf Kriterien der Vergabe von Fördermitteln aus. Der durch Fördermittel-Ausschreibungen erzeugte Druck zur permanenten Innovation und zur Projektförmigkeit stellt ein Hindernis für die angestrebte Verstetigung von nicht-marktförmig organisierter Arbeit dar. Er befördert die enge Taktung von Deadlines, die Verkürzung von Planungshorizonten, aber auch die Simulation von Innovationen.

2012 wurde in Leipzig die Reparatur-Initiative „Café kaputt“ gegründet. Im Regelbetrieb reparieren dort handwerklich versierte Ehrenamtliche gemeinsam mit Besucherinnen und Besuchern mitgebrachte defekte Gegenstände. In den Reparatursprechstunden (auf Spendenbasis) steht – neben der Ermöglichung einer langlebigen Nutzung von Gegenständen – das gemeinsame Erwerben von Reparaturfähigkeiten im Fokus. Darüber hinaus ist das „Café kaputt“ ein Ort des Austausches über Themen wie Wegwerfge-

sellschaft und Postwachstum, an dem auch Bildungsprojekte durchgeführt werden. In den ersten Jahren stellte der starke Fokus auf Innovationen in Ausschreibungen wie dem Innovationspreis Weiterbildung des Freistaates Sachsen für das Projekt noch kein Hindernis dar. Im Gegenteil, die Idee der Repaircafés kam gerade erst aus den Niederlanden nach Deutschland, sodass zu Beginn viele Finanzierungsmöglichkeiten offenstanden. Allerdings wird der Innovationsdruck für das „Café kaputt“ zunehmend zum Problem. Es wird immer schwieriger, den Regelbetrieb zu finanzieren. Für neue Angebote (wie zusätzliche Bildungsprojekte) können zwar weiterhin Fördermittel akquiriert werden, aber weder für die Entlohnung von Verwaltungs- und Koordinationsaufgaben noch für Miete oder verschlissene Werkzeuge.

Das Konzept der sozialen Innovation hat, zweitens, eine „harmonische“ Schlagseite. Unterbelichtet bleiben Konflikte und Machtfragen, die in erster Linie nicht in Bezug auf Innovationen, sondern in Bezug auf Exnovationen ausgetragen werden. „Exnovation“ bezeichnet die intendierte Eliminierung (bzw. Rückbau) von Praktiken, Produkten, Technologien und Infrastrukturen. Prozesse der Exnovation gehen nahezu zwangsläufig mit Konflikten einher. Schließlich haben diejenigen, welche die zur Eliminierung auserkorenen Elemente produzieren oder nutzen, in der Regel ein Interesse an der Fortschreibung ihrer Produktions- und Konsummuster. Es ist jedoch offensichtlich, dass in einer ambitionierten sozial-ökologischen Transformation nicht einfach neue, innovative Praktiken, Produkte, Technologien und Infrastrukturen hinzugefügt werden können, ohne die bestehenden anzutasten.

Dies zeigt sich beispielsweise im Fall der Mobilität. Verkehr ist der einzige Sektor in Deutschland, in dem im Vergleich zu 1990 die Treibhausgasemissionen nicht zurückgegangen, sondern weiter angestiegen sind. Hier liegen

momentan große Hoffnungen auf technischen Innovationen wie Elektromobilität, aber auch auf sozialen Innovationen wie Car-Sharing. Der entscheidende Hebel, um Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen in der geforderten Kürze der Zeit drastisch zu senken, wäre aber eine zumindest teilweise Abschaffung von Flugreisen und motorisiertem Individualverkehr – und dazu tragen weder Elektromobilität noch Car-Sharing bei. Eine Studie vom Öko-Institut, dem Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung und car2go konstatiert sogar, dass es durch das Angebot von car2go zu einer Erhöhung des Pkw-Bestandes (da weniger Autos abgeschafft als durch car2go bereitgestellt wurden) und zu einer Erhöhung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen (durch mehr Autofahrten) kam.

Das Konzept der sozialen Innovation favorisiert, drittens, die schrittweise Optimierung bestehender Strukturen gegenüber transformativen Ansätzen, die auf einen Bruch mit den hegemonialen Strukturen zielen. Die Praxen und Strategien von Akteuren gelten dann als transformativ, wenn sie sich nicht mit der Einrichtung einer Nische begnügen, sondern sich in politischen Auseinandersetzungen positionieren, um zur Transformation gesellschaftlicher Leitbilder, Normen, Institutionen und Infrastrukturen beizutragen. Aber nur wenige Initiativen, die gemeinhin als sozial-innovativ gelten, haben einen transformativen Anspruch in diesem Sinne. Sie springen in die Bresche, wenn traditionelle Formen wirtschaftlichen und staatlichen Handelns keine adäquaten Lösungen für soziale und ökologische Probleme bieten. Dabei übernehmen sie gewissermaßen Reparaturfunktionen, ohne das gesellschaftliche Gefüge grundlegend zu verändern. Das ist kein Zufall, basiert das Konzept der sozialen Innovation doch auf genau den Grundprinzipien, die aus der Sicht von Degrowth überhaupt erst in die sozial-ökologische Krise moderner Gesellschaften geführt haben: der moder-



nisierungstheoretischen Idee nämlich, dass Wachstum und Beschleunigung gesellschaftlichen Fortschritt bringen.

Auch für das „Café kaputt“ wird es zunehmend zur Herausforderung, dem eigenen transformativen Anspruch gerecht zu werden, weil es sich den Förderausschreibungen anpassen muss. Externe Personen schlagen regelmäßig vor, man könne ein Sozialunternehmen gründen und die eigenen Angebote so organisieren, dass sie Gewinne generieren. Oder man könne einen wirtschaftlichen Betrieb nebenbei laufen lassen (naheliegender sei ein „normales“ Café), der die gemeinnützigen Aktivitäten querfinanziert. Diese Optionen lehnen die Betreiberinnen und Betreiber des Café kaputt ab, weil Reparatur-Cafés Räume jenseits der Markt- und Tauschlogik darstellen. Daran zu rütteln hätte nicht nur zur Folge, dass man die Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen erschweren würde. Man wäre auch gezwungen, das Projekt aus betriebswirtschaftlicher Perspektive zu denken und weiterzuentwickeln. Das würde den Charakter des Cafés stark verän-

dern und zu einem weitgehenden Verlust der Transformationskraft führen.

Der Fokus auf Innovationen verstellt, viertens, den Blick dafür, dass (lokal wie global betrachtet) oftmals gerade sogenannte traditionelle Lebensstile tendenziell postwachstumskompatibel sind. Traditionelle Lebensweisen sollte man nicht romantisieren oder über ihnen inhärente Ungerechtigkeiten – beispielsweise in Bezug auf Geschlechterfragen – hinwegsehen. Nichtsdestotrotz lohnt es sich, den Fokus stärker auf die vorhandenen (teilweise aber auch bereits verloren gegangenen) marginalisierten, randständigen, vermeintlich überholten oder schlicht wenig beachteten sozialen Welten zu legen, die sich gerade nicht durch ihre Innovationskraft, sondern durch ihre Immobilität, Unproduktivität, Konvivalität und Kontemplation auszeichnen.

Werden politische und soziokulturelle Initiativen in der Regel nahezu ausschließlich durch eine dynamische, hoch mobile, gut vernetzte, akademische Klientel getragen, so ist das

Spektrum im „Café kaputt“ heterogener: Dessen Ehrenamtliche stammen aus ganz unterschiedlichen sozialen Milieus. Hier übernehmen auch Menschen Aufgaben und Funktionen, die nicht unbedingt den Habitus von Trendsettern aus sogenannten Leitmilieus verkörpern. Personen, die es vielleicht eher nicht gewohnt sind, Ämter zu bekleiden, sich öffentlich zu positionieren, Networking zu betreiben oder sich international auszutauschen, bringen sich mit ihrer handwerklichen Expertise und ihrer Affinität zum Reparieren und Selbermachen ein. Gerade weil sie – beispielsweise im Vergleich zu Studierenden, die im „Café kaputt“ selbstverständlich auch vertreten sind – weniger mobil und in weniger Aktivitäten und Netzwerke eingebunden sind, spielen sie eine tragende Rolle für das Leipziger Repaircafé. Sie ziehen nicht um, sie widmen sich nicht nach kurzer Zeit schon dem nächsten Projekt und sie sind auch nicht viele Wochen oder Monate im Jahr außer Landes. Sie identifizieren sich mit dem „Café kaputt“ und sind bereit, langfristig Verantwortung zu übernehmen. ■

Ralph Richter

Soziale Innovationen stehen für inkrementelle und transformative Veränderungen

Ich habe mich bisher nicht in der Rolle eines Verteidigers des Konzeptes der sozialen Innovation gesehen. Ich verwende das Konzept in Projekten und Publikationen, weil er sich gut für die Analyse von inkrementellen und disruptiven Veränderungsprozessen eignet. Zugleich erkenne ich auch einige problematische Aspekte – doch dazu später mehr. Mit dem Begriff „soziale Innovation“ können verschiedene Dinge gemeint sein: Im Sinn eines beobachtbaren Phänomens bezeichnet er neuartige Denkweisen und Praktiken, die Menschen vorantreiben und sich aneignen, um damit Probleme besser zu lösen und Bedürfnisse besser zu befriedigen, als es zuvor möglich war. Beispiele sind gendergerechte Sprache, Online-Videokonferenzen oder das Teilen („Sharing“) von Verkehrsmitteln. Im Sinn eines Forschungskonzeptes (soziale Innovationsforschung) steht er für die Analyse ebensolcher Phänomene als Ausdruck gesellschaftlicher Transformationsprozesse.

Schließlich gibt es noch eine dritte, normativ aufgeladene Bedeutung. Aus dieser Sicht sind soziale Innovationen erstrebenswerte Entwicklungen, die zur Selbstermächtigung sozialer Gruppen beitragen und damit ein Schlüssel zu einer gerechten, demokratischen Gesellschaft sind. Allerdings droht durch eine solche Setzung die analytische Distanz zum empirischen Phänomen verloren zu gehen. Auch erschwert die Diffusion des Begriffs in den politischen Raum die wissenschaftliche Arbeit damit. Zwar hat dieses Mainstreaming teils auch positive Effekte, etwa wenn die EU-Forschungsförderung von ihrer Technikzentrierung abrückt und sich sozialwissenschaftlicher Forschung zuwendet. Sie führt aber auch zu einer Abnutzung und Verwässerung des Konzeptes.



Dr. Ralph Richter
Tel. 03362 793 215
ralph.richter@leibniz-irs.de

Ralph Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“. Seine Forschungs- und Interessenschwerpunkte liegen auf den Themen ländliche Entwicklung, soziale Innovation, Sozialunternehmertum sowie Dorf- und Stadtquartiersentwicklung.

In Timmo Krügers Debattenbeitrag heißt es, das Konzept sozialer Innovationen sei dem Wachstumsparadigma verhaftet. Wandel gebe es darin nur durch Neuerung, was andere Formen des Wandels wie Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit übergehe. Dieses Argument kann ich insofern nachvollziehen, als die häufige Verwendung des Innovationsbegriffs in Politik und Förderpraxis seinen Bedeutungsgehalt verwischt und es dann teils nicht mehr um wirkliche Veränderung, sondern um das permanente Hervorbringen von vermeintlich Neuem geht. In der Förderpraxis zeigt sich das im bekannten Phänomen von großzügiger Anschubförderung und jäher Verknappung bei der Konsolidierung und Skalierung innovativer Ansätze.

Das Konzept sozialer Innovationen selbst schreibt aber keine derartige Agenda vor. „Innovation“ bezeichnet eben nicht das atemlose Entwickeln immer neuer Ideen, sondern die langfristige Etablierung neuartiger Denkweisen, Praktiken und Strukturen in teils langwierigen, nichtlinearen Prozessen. Das Konzept der sozialen Innovation ist in weiten Teilen schlicht ein Analyseinstrument, das auf die Untersuchung neuartiger gesellschaftlicher Praxis spezialisiert ist. Wo im Namen der sozialen Innovation eine eigene politische Programmatik entwickelt wurde, wie im Umfeld des belgischen Planungswissenschaftlers Frank Moulaert, entspricht diese geradezu dem Gegenteil dessen, was die Kritik unterstellt: Hier geht es um strukturellen Wandel durch das „Empowerment“, also die Selbstermächtigung der Menschen vor Ort, durch neuartige politische Organisationsformen in Nachbarschaften und um den politischen Gestaltungsanspruch von sozialen Bewegungen.

Damit komme ich direkt zum zweiten Kritikpunkt, wonach das Konzept der sozialen Innovation lediglich für Veränderungen von Symptomen, nicht aber für eine wirkliche gesellschaftliche Transformation stünde und zudem zu sehr auf Harmonie ziele, so dass Machtfragen und Konflikte außen vor blieben. Es stimmt: Immer, wenn soziale Innovationen in der Politik oder der Wissenschaft einseitig als etwas Wünschenswertes beschrieben werden, kommt die Behandlung von Konflikten und Machtfragen zu kurz. In der Forschung zu sozialen Innovationen spielen Konflikte in Innovationsprozessen aber durchaus eine Rolle. Das erklärt sich bereits aus den Ursprüngen der Innovationsforschung bei Joseph Schumpeter, der Schöpfung und Zerstörung als zwei Seiten des Innovationsprozesses betrachtete. Soziale Innovationen bedeuten immer auch, dass etwas Gewohntes in Frage gestellt und abgelöst wird. Sie rufen daher zwangsläufig Widerstände hervor.

Die bekannte Innovationsforscherin Frances Westley entwickelte das Konzept der Transformative Social Innovation, in dem es nicht nur um neuartige Lösungen für konkrete Problemlagen geht, sondern um das Verändern der sozialen Institutionen selbst, welche die Probleme heraufbeschworen haben. Es geht also durchaus um die Veränderung von Strukturen und Machtbeziehungen. In der Literatur werden sowohl Beispiele für „inkrementelle“ (schrittweise) als auch für „disruptive“ soziale Innovationen genannt. Dass letztere seltener angeführt werden mag daran liegen, dass disruptive Innovationen insgesamt weniger häufig vorkommen. Das von Timmo Krüger genannte Beispiel des Repaircafés wird in der Literatur übrigens als klassischer Fall von sozialer Innovation genannt.

Ich komme nicht umhin, auch eine Lanze für das Carsharing zu brechen. Carsharing, heißt es in der Kritik, sei eine harmonische soziale Innovation, die keinen Beitrag zu einer notwendi-



Zum Weiterlesen

- ▶ Bundesverband CarSharing e.V. (Hrsg.) (2016): Mehr Platz zum Leben – wie CarSharing Städte entlastet. Abschlussbericht. Berlin
- ▶ Hülsmann, Friederike; Wiepking, Julia; Zimmer, Wiebke; Sunderer, Georg; Götz, Konrad; Sprinke, Yannick (2018): share - Wissenschaftliche Begleitforschung zu car2go mit batterieelektrischen und konventionellen Fahrzeugen. Forschung zum free-floating Carsharing. Abschlussbericht. Berlin/ Frankfurt am Main: Öko-Insitut/ ISOE - Institut für sozial-ökologische Forschung
- ▶ Krüger, Timmo (2020): Wider den Innovationsimperativ! Eine Kritik am Konzept der sozialen Innovation aus Postwachstumsperspektive. In: Brokow-Loga, Anton/ Eckardt, Frank (Hrsg.): Postwachstumsstadt: Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom verlag
- ▶ Moulaert, Frank (ed.) (2013): The International Handbook on Social Innovation: Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research. Cheltenham: Edward Elgar Publishing
- ▶ Westley, Frances; McGowan, Katharine; Tjörnbo, Ola (eds.) (2017). The evolution of social innovation: building resilience through transitions. Cheltenham: Edward Elgar Publishing

gen radikalen Verkehrswende leiste. Konkret wird der Fall car2go genannt, der laut einer Studie nicht zur Minderung des PKW-Bestandes beitrage, sondern im Gegenteil sogar eine Erhöhung zur Folge habe. Tatsächlich schaden sogenannte freefloating-Angebote wie car2go – 2019 aufgegangen in Share Now – der ursprünglichen Idee des Carsharings. Anbieter wie Share

Now, hinter denen nicht zufällig traditionelle Fahrzeughersteller wie Daimler stehen, wecken durch die einfache Verfügbarkeit der Sharing-Fahrzeuge neue Mobilitätsbedürfnisse, nicht die Bereitschaft zum Verzicht. Allerdings wäre es gänzlich falsch, vom Beispiel car2go auf die Unwirksamkeit des Carsharings insgesamt zu schließen. Stationsbasiertes Carsharing kann sehr wohl den PKW-Besitz spürbar reduzieren, wie eine Studie des Bundesverbandes Carsharing zeigt. Speziell dessen Nutzer verzichten offenbar in großem Maß auf den Kauf eigener Autos. Dass stationäres Carsharing noch keine umfassende Entlastung gebracht hat, liegt meiner Ansicht nach eher an der systematischen Benachteiligung durch den Gesetzgeber, etwa bei der Aufteilung der Parkfläche in Städten.

In einer sich wandelnden Welt, in der schnell Neues entsteht, aber sich auch schnell Gegenbewegungen formieren, sind die Analysefähigkeiten der Sozialwissenschaften gefragter denn je. Diese verfügen seit jeher über ein großes Repertoire an Theorien über gesellschaftlichen Wandel. Lange Zeit fehlte ihnen allerdings ein Konzept zur Beschreibung von Wandel auf einer mittleren Ebene: zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen einerseits und sich in Denkweisen, Praktiken und Strukturen manifestierenden Veränderungen andererseits. Zudem wurden die sozialen Veränderungen, die mit technischem und wirtschaftlichem Wandel einhergehen, lange wie eine Restkategorie behandelt, als Erklärungsgröße unbedeutend. Mit dem Konzept der sozialen Innovation wird diese Einseitigkeit ausgeglichen, noch dazu auf eine Art, die anschlussfähig ist an den in Wirtschaft und Technik seit langem etablierten Innovationsbegriff. Es trägt der Tatsache Rechnung, dass Innovationen nicht nur im Dienst wirtschaftlichen Erfolgs und technischen Erfindungsdrangs hervorgebracht werden, sondern auch zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen und zur besseren Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse. ■

Brexit und Corona: Die doppelte Krise der Hochschulen

Britische Universitäten werden zurzeit von einer doppelten Krise getroffen: Der Brexit gefährdet ihren Zugang zum europäischen Forschungsraum und damit zur EU-Forschungsförderung. Zugleich gefährdet die COVID19-Pandemie ein wichtiges Standbein der besonders von Großbritannien aus forcierten Hochschulglobalisierung: Auslandscampusse, die zahlungskräftige, hochmobile Studierende anlocken. Die Hochschulen antworten mit angepassten Strategien und nutzen sogar die neuen Gelegenheiten, welche die Krise bietet.

Der Brexit stellt zurzeit gerade britische Universitäten in mehrfacher Hinsicht vor Finanzierungsprobleme. Noch immer ist unklar, inwiefern Hochschulen in Großbritannien in Zukunft am EU-Studierendenaustauschprogramm Erasmus oder an gemeinsamer europäischer Forschungsförderung teilhaben werden. Was wird mit wissenschaftlichem Personal aus EU-Ländern geschehen, wenn Visaregelungen strenger werden? Werden britische Universitäten für europäische Studierende attraktiv bleiben? Bislang mussten sie, genau wie britische Studierende, eine reduzierte Studiengebühr entrichten. Nun werden für sie die weitaus höheren Sätze für „internationale“ Studierende gelten. Und was wird mit der Forschungsfinanzierung geschehen, wenn die attraktiven Finanzierungsprogramme der Europäischen Union für in Großbritannien ansässige Forscher nicht mehr zugänglich sind?

Die Leibniz Junior Research Group TRANSEU untersucht am IRS Internationalisierungsstrategien von Hochschulen, speziell die Errichtung von Auslandscampusen. Im Rahmen der Feldforschung gewann sie auch Erkenntnisse über die Auswirkungen des Brexits.

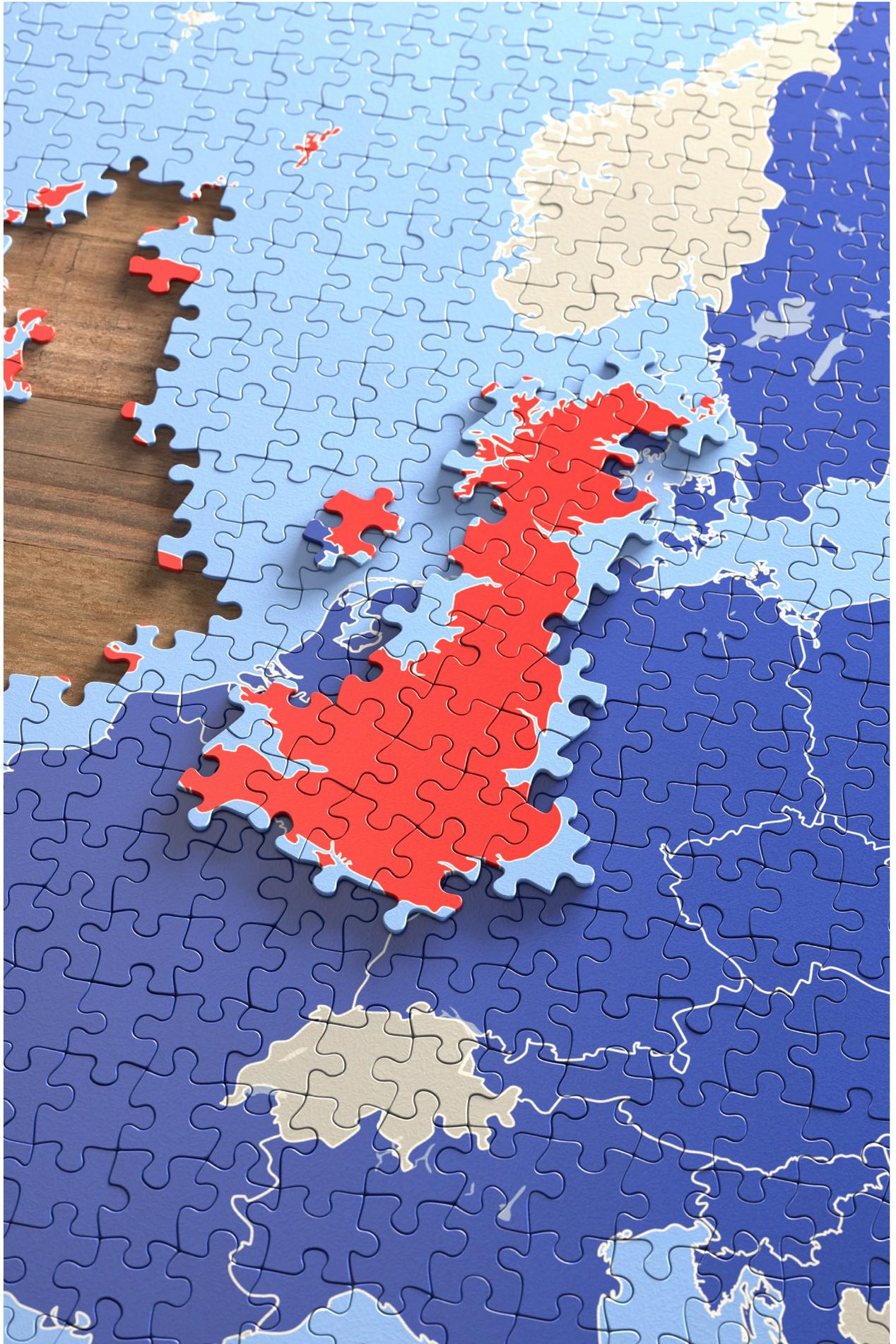
Einige
Universitäten
folgen dem
„Global Britain“-
Mantra der
Regierung: Sie
verstärken ihre
Aktivitäten im
Ausland und leisten
so einen Beitrag
zur weiteren
Profilierung der
britischen
Wirtschaft als
Dienstleistungs-
exporteur.

Brexit: Strategien gegen die Abkopplung

Der Verlust des Zugangs zum Europäischen Hochschulraum und zum Europäischen Forschungsraum betrifft demnach nicht alle britischen Hochschulen in gleicher Weise. Einige Universitäten sind gegenüber Kontinentaleuropa stärker exponiert als andere. Diejenigen mit einem hohen Anteil an EU-Studierenden in ihrer derzeitigen Kohorte machen sich Sorgen um die Einnahmen aus Studiengebühren. Elite-Universitäten mit hoher Forschungsintensität und traditionell hohen Erfolgsquoten bei der Finanzierung durch den Europäischen Forschungsrat haben eher zu befürchten, dass diese Quellen versiegen könnten.

Während die wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexits auf die Hochschulen also unterschiedlich sein werden, sorgt vor allem die Unklarheit, welche Spielregeln in Zukunft gelten werden, für fehlende Planungssicherheit. Die Verantwortlichen an den Universitäten verfolgen unterschiedliche Strategien, um die potenziellen Einkommensverluste zu mindern.

Eine Strategie besteht darin, physische Präsenzen im Ausland einzurichten. Die britischen Universitäten haben eine lange Geschichte im Export von Hochschulbildung. Eine Form, ins Ausland zu gehen, sind internatio-



nale Zweigstellen, die heute hauptsächlich in Ländern wie Malaysia, Singapur, China oder den Vereinigten Arabischen Emiraten angesiedelt sind. Einige Universitäten folgen dem „Global Britain“-Mantra der Regierung: Sie verstärken ihre Aktivitäten im Ausland und leisten so, durch die internationale Kommerzialisierung von Hochschulbildung, einen Beitrag zur weiteren Profilierung der britischen Wirtschaft als Dienstleistungsexporteur. Einige streben auch eine engere Zusammenarbeit mit dem Commonwealth an. Indem man sich auf stärkere Verbindungen außerhalb Europas konzentriert, könnte der potenzielle Verlust von EU-Verbindungen kompensiert werden.

Andere Universitäten haben beschlossen, Zweigstandorte in der EU einzurichten. Diese Investitionen sind als „Versicherungspolice“ gegen die Auswirkungen des Brexits gedacht. Die Universität Lancaster beispielsweise hat die Entwicklung eines internationalen Campus in Leipzig angekündigt und sieht einen Campus in Deutschland als „natürliche Erweiterung“ nach früheren Zweigcampus-Investitionen in China und Ghana. Die Universität Coventry plant einen Campus in der polnischen Stadt Wrocław (Breslau).

Neben den britischen Campussen, die auf dem Gebiet der EU eingerichtet wurden, um EU- und internationale Studenten zu unterrichten, haben mehrere forschungsintensive Universitäten Kooperationen aufgebaut, darunter auch physische Präsenzen in der EU. Die Universität Oxford hat ihre Kontakte mit in Berlin ansässigen Einrichtungen intensiviert. Die Oxford-Berlin-Forschungspartnerschaft wurde als strategische Antwort auf den Brexit gegründet und soll eine rechtliche Struktur schaffen, die den Briten auch weiterhin Zugang zur EU-Forschungsförderung ermöglicht. Der neue physische Standort der Universität Oxford in Berlin soll „die intensive, unmittelbare Zusammenarbeit unterstützen, die notwendig sein wird, damit die Partner gemeinsame



Dr. Jana Kleibert
Tel. 03362 793 158
jana.kleibert@leibniz-irs.de

Jana Kleibert leitet die Leibniz-Nachwuchsgruppe „Constructing Transnational Spaces of Higher Education“ (TRANSEHU), in der Internationalisierungsstrategien von Hochschulen untersucht werden. Ihre Forschung bewegt sich an der Schnittstelle der Wirtschafts-, Stadt- und Entwicklungsgeographie und beschäftigt sich mit gegenwärtigen Globalisierungsprozessen, globalen Produktionsnetzwerken und ihren sozial-räumlichen Ausprägungen.

Forschungsanträge für EU-Förderprogramme einreichen können“, wie es in einer Mitteilung der Berlin University Alliance heißt.

Ähnliche Forschungsk Kooperationen werden von forschungsintensiven Universitäten vorangetrieben, die versuchen, Zugang zu Forschungsmitteln aus den EU-Fördermitteln zu erhalten. Die Universitäten, die in den vergangenen Jahren beim Zugang zu Geldern besonders erfolgreich waren, sind diejenigen, die ihre engen Beziehungen zu anderen EU-Ländern am aktivsten gestalten. Dabei ist Deutschland zum Partner der Wahl geworden. Die Universität Cambridge ging eine strategische Partnerschaft mit der Ludwig-Maximilians-Universität in München ein. Das King's College London und die Technische Universität Dresden entwickelten eine „transCampus“-Initiative, die Universität Glasgow initiierte eine Zusammenarbeit mit der Leuphana Universität Lüneburg.

Die Idee hinter einigen dieser Initiativen könnte auch darin bestehen, „kontinentale Außenstellen“ zu schaffen, in denen die Fördermittel des Europäischen Forschungsrats weiterhin von britischen Forschern in Anspruch genommen werden können. Der Erfolg dieser Projekte bei der Vermeidung von Einkommensverlusten ist noch ungewiss. Frühere Beispiele von Auslandscampussen haben sich als schwierig zu verwalten und teuer zu betreiben erwiesen. So könnte sich ausgerechnet das, was als Lösung für Finanzierungsprobleme gedacht ist, am Ende als sehr kostspielig erweisen. Sind entsprechende Strategien der Hochschulen also eine solide Reaktion auf die Herausforderungen durch den Brexit?

COVID-19: Gefahr für die Hochschulglobalisierung?

Gerade die Coronapandemie könnte nun die von Großbritannien, aber auch von anderen, überwiegend westlichen Ländern wie Frankreich und den USA ausgehende Hochschulglobalisierung durch Auslandscampussen gefährden.



Internationale Mobilität wurde im Rahmen der Pandemiebekämpfung wiederholt eingeschränkt. Wie wird sich dies auf die Mobilität der Studierenden an den Zweigstellen auswirken? Wie reagieren die Hochschulen? Das neue Drittmittelprojekt „International Higher Education in Crisis: COVID-19 Impacts and Strategies“, das über das Small Grant Scheme on Pandemics, Cities, Regions & Industry der Regional Studies Association finanziert und von Jana Kleibert geleitet wird, widmet sich diesen Fragen. Einige Hinweise gibt es bereits jetzt.

Einerseits könnten Zweigstellen internationaler Universitäten eine Alternative für Studierende darstellen, die internationale Bildungsabschlüsse erlangen möchten, aber auf Grund von Mobilitätseinschränkungen nicht in das Herkunftsland der Universität einreisen können. So könnten Universitäten im Herbst 2020 – und vielleicht sogar Anfang 2021 – ausschließlich einheimische Studierende rekrutieren, die nicht allzu weit vom Zweigstellencampus entfernt wohnen. Ebenso könnten sie für internationale Universitäten die von den Studiengebüh-

ren zahlungskräftiger ausländischer Studierenden abhängig geworden sind, eine Möglichkeit bieten, diese Studierenden in ihren Heimatländern zu unterrichten. In Vietnam möchte die VinUniversity in Kooperation mit der amerikanischen Eliteuniversität Cornell die über 5000 Studierenden erreichen, die im neuen Semester nicht zurück nach Ithaca, New York reisen können. Sie können nun auf dem Campus in Hanoi leben und online die Vorlesungen ihrer Uni in New York folgen. Ebenso sollen zukünftige Studierende, die für ein Studium an renommierten Universitäten in den USA angenommen wurden, stattdessen die Möglichkeit erhalten, hier ihr Studium zu beginnen.

Einige britische Universitäten dürften versuchen, ihre bestehenden Zweigcampusse in dieser Weise zu nutzen. Insgesamt könnte dies auch zukünftig die Entwicklung von Zweigcampussen als Resilienzstrategie noch beschleunigen. Laut einer Zeitungsmeldung ist die Entwicklung von Zweigcampussen aus Sicht der Université Paris Sciences et Lettres beispielsweise eine mögliche zukünftige Strategie, um aus-

ländische Studierende auch im Falle einer zukünftigen (Pandemie-)Krise zu betreuen.

Einige Zweigcampusse haben jedoch ein anderes Modell verfolgt: sie sind von internationalen physischen Mobilitäten der Studierenden und Lehrenden abhängig und somit besonders schwer von der Pandemie getroffen. Einige fungieren als mobilitätsfördernde Knotenpunkte, die in ein größeres internationales Campus-Netzwerk integriert sind. Studierende, die sich an der französischen Wirtschaftshochschule ESCP einschreiben, wechseln beispielsweise jahres- oder semesterweise von Zweigstelle zu Zweigstelle. Andere Angebote folgen einer Logik des Bildungstourismus und zielen auf Studierende im Herkunftsland der Hochschule ab, die Interesse daran haben, zeitweise in einem fremden Land zu studieren, wie bei einigen französischen Campussen in Asien zu beobachten war. In einer globalen Krise, die Bewegungsfreiheit über nationale Grenzen hinweg einschränkt, müssen diese Zweigstellen ihre Geschäftsmodelle überdenken.

Ein weiterer Trend, der nach COVID-19 in den Hochschulen beobachtet werden könnte, besteht in einer Neudefinition der Mobilitäten unter Einbeziehung von Online-Erfahrungen. Dies zeigt sich zum Beispiel im Erasmus-Programm „Virtual Exchange“, einem europäischen Online-Kursprogramm, das 2018 ins Leben gerufen wurde und an dem 2019 rund 8.000 Studierende teilnahmen. Tatsächlich bleibt abzuwarten, ob sich der Trend zum Online-Lernen nachteilig auf Offshore-Campusse auswirkt, die physische Investitionen in einem fremden Land darstellen, oder ob im Gegenteil das Online-Lernen zu einem integralen Bestandteil der Offshore-Campusstruktur wird und die Entwicklung transnationaler Universitätscampusse zukünftig verstärkt.

Einschränkungen internationaler Mobilität, sei es durch politische Dynamiken wie den Brexit oder durch Gesundheitskrisen wie die Coronapandemie, fordern derzeit besonders die an einem internationalen Branding orientierten Hochschulen heraus. Wie sich gerade in diesem Jahr zeigt



Alice Bobée
Tel. 03362 793-237
alice.bobee@leibniz-irs.de

Alice Bobée ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ und Doktorandin in der Leibniz-Nachwuchsgruppe „Constructing Transnational Spaces of Higher Education“ (TRANSEDU). In ihrem Promotionsprojekt nimmt sie Diskurse um die Internationalisierung der französischen Hochschulbildung durch Auslandscampusse in den Blick.

hat, können sich dabei mehrere Krisen gegenseitig verstärken: Strategien in einer Krise können von einer weiteren Krise entwertet werden. Es entstehen aber auch Gelegenheitsfenster für neue Denkansätze. Und große Trends wie die Digitalisierung der Hochschulbildung verstärken sich. ■

Dieser Beitrag
basiert auf zwei
Blogbeiträgen:

- ▶ **Jana Kleibert**
Higher Education and Brexit
<https://ukandeu.ac.uk/higher-education-and-brexit>
- ▶ **Alice Bobée**
COVID-19
crisis & branch campuses:
reconfigured mobilities?
<https://ibc-spaces.org/COVID-19-crisis-branch-campuses-reconfigured-mobilities>

Abschluss des RurAction-Netzwerks: Konferenz und Transfer zu sozialem Unternehmertum in ländlichen Räumen



Das EU-finanzierte Marie Skłodowska-Curie Innovative Training Network (ITN) „Sozialunternehmen in strukturschwachen ländlichen Regionen: Innovative Problemlöser in Aktion“, kurz „RurAction“ läuft im Januar 2021 aus. Der Herbst und Sommer dieses Jahres waren daher geprägt von Abschluss- und Transferveranstaltungen.

Am 21. und 22. September 2020 fand die internationale Webkonferenz „Social Entrepreneurship und soziale Innovation in ländlichen Regionen“ statt, die von Gabriela Christmann organisiert wurde. Sie befasste sich mit der Frage, wie soziales Unternehmertum und soziale Innovation dazu beitragen können, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme strukturschwacher ländlicher Regionen zu lindern. Neben europäischen und internationalen Forschenden aus Nord- und Südamerika stellten sich auch die Promovierenden des RurAction-Netzwerks vor. Darüber hinaus hielt Mark Shucksmith, Professor für Planung an der Universität Newcastle (Großbritannien), eine aufschlussreiche Keynote Lecture zum Thema „Social Exclusion in Diversified Rural Contexts“. Die Keynote war zugleich die zweite IRS International Lecture on Society and Space dieses Jahres.

Während das persönliche Treffen aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie unmöglich war, ermöglichte das Online-

Format einen fruchtbaren akademischen Austausch entlang dreier Untersuchungslinien, an denen sich die Forschung von RurAction orientierte: die spezifischen Herausforderungen und die Dynamik ländlicher Gebiete (1); die Arbeitsbedingungen sozialer Unternehmen in diesen Gebieten (2) und die Möglichkeiten der Schaffung und Umsetzung sozial-innovativer Lösungen für bestehende Probleme (3).

Auf der Konferenz hatte auch ein im Projekt produzierter Dokumentarfilm Premiere, bei welchem Dr. Lukasz Rogowski von der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań (Polen) Regie führte. Die Dokumentation wurde zusammen mit Michał Sita von der Pix.House Foundation produziert und zeigt die alltägliche Arbeit von drei Sozialunternehmen, ADC Moura (aus der Region Baixo Alentejo in Portugal), Stevia Hellas (aus der Region Phthiotis in Griechenland) und Ballyhoura Development (aus dem Mittleren Westen Irlands).

Im Anschluss an die Konferenz veranstaltete das IRS einen digitalen internationalen Policy Roundtable, der gemeinsam mit den RurAction-Partnern von der Universität der Ägäis in Mytilene (Griechenland) organisiert wurde. Hier präsentierte Gabriela Christmann den aktuellen Stand eines RurAction Policy Papers, das auf den Ergebnissen des Projekts beruht. Ergänzend dazu präsentierten die Early Stage Researchers ihre Politikempfehlungen. Zu den Teilnehmenden gehörten Vertreterinnen und Vertreter der Generaldirektionen für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (DG AGRI) sowie für Regional- und Stadtpolitik (DG Regio), der Europäischen LEADER-Vereinigung für ländliche Entwicklung (ELARD) und ein Experte für ländliche Entwicklungsprogramme in Griechenland. Darüber hinaus waren Sozialunternehmen aus Österreich, Portugal und Irland vertreten. Die Veranstaltung bot den im RurAction-Netzwerk engagierten Sozial-

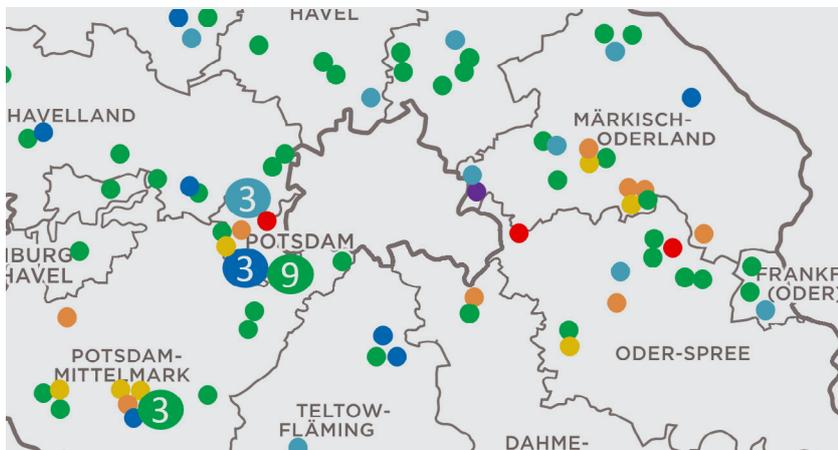
unternehmen eine Plattform, um ihre Bedarfe nach politischer Unterstützung zum Ausdruck zu bringen. Die anschließende Diskussion zeigte erfolgreich die Organisation und das Ethos des Projektes auf, das Promovierende, akademische Partner und Praxisakteure zusammenbringt, um Ergebnisse zu erarbeiten, die sowohl für die akademische als auch für die Politikentwicklung nützlich sind.

Das RurAction Policy Paper wurde bereits im Juni 2020 im Online-Workshop „Stadtflüchter & Landleiber als Chance für ländliche Räume – Ansatzpunkte für soziale Innovationen und eine innovative Gründungsförderung“, organisiert von Social Impact und dem IRS, diskutiert. Seine Veröffentlichung in der neuen Reihe IRS Dialog (siehe S. 42) wird derzeit vorbereitet. Neben dem RurAction Policy Paper wird derzeit auch das RurAction Handbuch fertig gestellt. Während

sich das Policy Paper in erster Linie an politische Entscheidungsträger auf EU-, nationaler und regionaler Ebene richtet, versucht das Handbuch, die weitere positive Entwicklung in ländlichen Gebieten zu fördern, indem es soziale Unternehmen mit praktischen Ergebnissen und Erkenntnissen unterstützt. Es gibt aktuelle Entwicklungen im Forschungsbereich wieder, zusammen mit Beispielen und Empfehlungen für die Arbeit der Sozialunternehmen. ■

Kontakt:
 Prof. Dr. Gabriela Christmann
 Tel. 03362 793 270
 gabriela.christmann@leibniz-irs.de
 Jamie Scott Baxter
 Tel. 03362 793 208
 jamie.baxter@leibniz-irs.de
 Sune Wiingaard Stoustrup
 Tel. 03362 793 177
 sune.stoustrup@leibniz-irs.de

Studie zu Sozialunternehmen in Brandenburg



Wer verfolgt soziale Ziele, wenn der Staat sich zurückzieht und ein rein gewinnorientiertes Modell nicht greift? Eine mögliche Antwort lautet: Sozialunternehmen, also Unternehmen, die mit unternehmerischen Mitteln soziale Ziele verfolgen. Auf ihnen liegen große Hoffnungen, in ländlichen wie in städtischen Räumen. Auch in Brandenburg gibt es ein breites Spektrum an Sozialunternehmen. Dazu zählen junge Startups, aber auch etablierte Sozialbetriebe mit einem unternehmerischen Ansatz und unternehmerische Ausgründungen aus Wohlfahrts-

organisationen. Im Auftrag des Landes Brandenburg erarbeitete das IRS im Jahr 2020 eine strukturierte Übersicht – einschließlich Kartierung und Kategorisierung – über den Stand, die Entwicklungspotenziale und Unterstützungsbedarfe von Sozialunternehmen im Land.

Die Studie „Marktorientierte Sozialunternehmen in Brandenburg“ wurde von der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ erarbeitet, die große Erfahrung in der Forschung zu Sozialunternehmertum hat. Im Fokus der Studie standen marktorientierte Sozialunternehmen – also solche, die durch die Positionierung neuartiger Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle Einnahmen erzielen. Die Studie wurde geleitet von Gabriela Christmann und bearbeitet von Ariane Sept und Ralph Richter. Ergebnisse werden noch im Herbst 2020 publiziert. ■

Kontakt:
 Dr. Ralph Richter
 Tel. 03362 793 215
 ralph.richter@leibniz-irs.de

Lastenrad-Sharing und Mikro-Depot: Neues Projekt „Stadtquartier 4.1“ zu urbanen Nachhaltigkeitslösungen folgt auf „Stadtquartier 4.0“



Der Lieferverkehr ist ein wachsendes Problem für die Nachhaltigkeit und Lebensqualität von Städten. Rein technisch sind verschiedene Alternativen zum Status quo denkbar, doch werden sie in der Praxis auch akzeptiert und umgesetzt? Im BMBF-Projekt „Stadtquartier 4.0“ hat das IRS, finanziert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), im Verbund mit mehreren Partnern das Berliner Holzmarkt-Areal beforstet. Es untersuchte, inwiefern neue Logistik- und Mobilitätsdienste, die das Potenzial haben, die Belastung durch Lieferverkehr in Stadtquartieren deutlich zu verringern, bei Bewohnerinnen und Bewohnern wie auch den Beschäftigten des Kiezes Anklang finden. Konkret ging es dabei um den Einsatz einer Paketstation mit Mikrodepot, das Teilen von Fahrzeugen und Gegenständen sowie verschiedene Formen urbaner Produktion. Ergebnisse wurden im Forschungsbericht „Logistik und Mobilität in der Stadt von morgen“ in der neuen Reihe IRS Dialog (siehe S. 42) veröffentlicht. Wie sich zeigt, sind besonders junge und kreative Milieus gegenüber solchen Konzepten aufgeschlossen, weniger jedoch die ärmeren Bevölkerungsschichten.

Im Frühsommer 2020 startete das Nachfolgeprojekt „Stadtquartier 4.1“. Wie sein Vorgängerprojekt handelt es sich um ein Verbundvorhaben, das von Gabriela Christmann am IRS koordiniert wird.

Kontakt:
Dr. Ralph Richter
Tel. 03362 793 215
ralph.richter@leibniz-irs.de

Wie zuvor sind das Beratungsunternehmen LogisticNetwork Consultants GmbH (LNC) und das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) am Verbund beteiligt. Neu im Konsortium ist die insel-projekt.berlin UG, die, wie zuvor die Holzmarkt Betriebs-Gesellschaft mbH (HMB), als Praxispartnerin für das zu untersuchende Stadtquartier fungiert.

Der Untersuchungsraum in Stadtquartier 4.1 ist die Mierendorff-Insel im Norden von Berlin-Charlottenburg – ein kleinteilig strukturiertes Areal, das von zwei Stadtkanälen und der Spree einge- fasst wird. Wie das Holzmarkt-Areal ist die Insel ein Modell-Kiez für urbane Nachhaltigkeit. Verschiedene Initiativen wirken hier zusammen, um im Kleinen und auf dem Weg lokaler Mitbestimmung alternative Praktiken in einem breiten Spektrum von Handlungsfeldern (u.a. Wohnen, Bildung, Verkehr) zu erproben. Im Projekt Stadtquartier 4.1 liegt der Fokus auf zwei neuen Ansätzen, die im Quartier erprobt werden: ein sogenanntes Flex-Q-Hub (eine anbieteroffene Paketstation und Mikro-Depot), ein Lastenrad-Sharing- system, ergänzt um die Errichtung einer multifunktionalen Be- und Entladezone.

Während LogisticNetwork Consultants und das Fraunhofer-Institut ihre logistische und technische Kompetenz einbringen, nimmt Projektbearbeiter Ralph Richter am IRS die gesellschaftlichen Dynamiken rund um die neuen Konzepte in den Blick: Wie wirkt sich ihre Einführung auf das Denken und Handeln der lokalen Bevölkerung aus – speziell mit Blick auf Fragen der Mobilität und Versorgung? Auf welchen Wegen der Kommunikation und Partizipation werden sie im Kiez vermittelt? Und wie hängt die Frage der Akzeptanz mit dem städtischen Umfeld zusammen? Würde das Akzeptanzniveau in einem stärker suburbanen Umfeld etwa anders ausfallen?

Der Referenzfall für eine suburbane Umgebung liegt für das IRS-Team buchstäblich vor der Haustür: Als Untersuchungsort dient Erkner. ■

Neues Projekt

„Energiewende im sozialen Raum“ gestartet



Mit einer virtuellen Kick-Off-Veranstaltung begann am 7. Oktober 2020 die Zusammenarbeit im Projekt „Energiewende im sozialen Raum“, kurz „ESRa“. Der Projektverbund untersucht, welche Faktoren Regionen, die der Energiewende vorwiegend positiv gegenüberstehen, von solchen, in denen eine ablehnende Haltung vorherrscht, unterscheiden, und wie sich diese Faktoren im Hinblick auf eine gelingende Energiewende beeinflussen lassen. Finanziert wird das Vorhaben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Das Konsortium besteht neben dem IRS aus dem GCF-Global Climate Forum e.V. (Koordination), dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik, Germanwatch e.V., dem Institut für Kli-

Kontakt:
Eva Eichenauer
Tel. 03362 793 183
eva.eichenauer@leibniz-irs.de

Dr. des. Peter Ulrich
Tel. 03362 793 200
peter.ulrich@leibniz-irs.de

maschutz, Energie und Mobilität sowie Recht, Ökonomie und Politik e.V.

Das Vorhaben gründet auf der Beobachtung, dass Regionen derzeit auseinanderdriften: Gegenden, die aus der Globalisierung Vorteile zu gewinnen vermögen, stehen solchen gegenüber, denen entsprechende Ressourcen und Fähigkeiten fehlen. Der Erfolg der Energiewende hängt, so die These, zu einem beträchtlichen Ausmaß davon ab, ob sie nachteilig positionierten Regionen hilft, solche Ressourcen und Fähigkeiten zu entwickeln und zu mobilisieren. Um zentrale Faktoren dieser sozialräumlichen Dynamik zu analysieren, wird das Projekt zwei vergleichende Fallstudien durchführen; eine in der Großstadt Berlin und eine im Landkreis Spree-Neiße in der Lausitz.

Das IRS ist verantwortlich für das Teilprojekt „Sozialforschung“. Es untersucht Haltungen zur Energiewende sowie räumliche Disparitäten. Es entwickelt weiterhin Szenarien und Handlungsoptionen für die Umsetzung der Energiewende in unterschiedlichen regionalen Kontexten. Das IRS-Projektteam besteht aus Eva Eichenauer und Peter Ulrich von der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“, die Teilprojektleitung liegt bei IRS-Direktor Oliver Ibert. ■



Visual Communication in Urban Design and Planning

Mediatisierung in der Stadtplanung: Projektabschluss und Special Issue

Christmann, Gabriela; Bernhardt, Christoph; Stollmann, Jörg (eds.) (2020): „Visual Communication in Urban Design and Planning: The Impact of Mediatisation(s) on the Construction of Urban Futures“, Urban Planning, 5 (2)

Digitale Visualisierungen sind aus der Stadtplanung nicht mehr wegzudenken. Bauprojekte werden teils schon Jahre vor dem ersten Spatenstich mit immer realistischer erscheinenden 3D-Simulationen angekündigt. Doch was ist wirklich neu daran, wie heute, mit Hilfe digitaler Technologien, Zukunftsbilder von Städten erschaffen werden? Funktioniert Planung deshalb grundsätzlich anders? Mit diesen Fragen setzte sich das Leibniz-Wettbewerbprojekt „Mediatisierungsprozesse in der städtebaulichen Planung und Veränderungen der öffentlichen Sphäre (MedPlan)“ auseinander, das vom Chair for Urban Design and Planning (TU Berlin) und den IRS-Forschungsabteilungen „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ und „Historische Forschungsstelle“ gemeinsam bearbeitet wurde. Auf der internationalen Tagung „Visual Communication in Urban Design and Planning“ am 26. und 27. September 2019 wurden an der Technischen Universität Berlin erste Ergebnisse vorgestellt und diskutiert.

Auf den Erkenntnissen des MedPlan-Projekts basiert auch das Special Issue „Visual Communication in Urban Design and

Planning: The Impact of Mediatisation(s) on the Construction of Urban Futures“, das in der Fachzeitschrift „Urban Planning“ (Open Access) erschienen ist. Als Guest Editors fungierten Gabriela Christmann, Christoph Bernhardt (beide IRS) und Jörg Stollmann (TU Berlin).

Visualisierungen werden im Special Issue nicht als bloße Repräsentation von Objekten verstanden, sondern als gestaltende Eingriffe in den Planungsprozess, der sowohl von denjenigen ausgeht, die Visualisierungen erstellen oder in Auftrag geben, als auch von denjenigen, die sie wahrnehmen und interpretieren. Neben der Akteursperspektive (wer handelt?) wird dabei der Blick auch auf die spezifischen Techniken und Umstände digitaler Kommunikation gerichtet.

Die einzelnen Beiträge thematisieren lokale Planungsvorhaben und nationale Planungskontexte wie auch transnationale Tendenzen praktischer Anwendungen von Visualisierungen als innovative Medienformate. Untersuchungsbeispiele finden sich in Ägypten, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und Südafrika. Die interdisziplinären Ansätze beleuchten den besonderen Stellenwert von Visualität

im Zusammenhang von Mediatisierung und Digitalisierung mit zwei Hauptanliegen: Erstens zeigen die Autorinnen und Autoren Visualisierungen als Prozesse der Decodierung, Verbildung, (Re-)Produktion und kommunikativen Aushandlung von Räumen.

Dabei werden zum einen die komplexen Akteurskonstellationen aus staatlichen, nichtstaatlichen Institutionen, gesellschaftlichen Initiativen, politischen Entscheidungsträgern, planerischen Verantwortlichen und wirtschaftlichen Unternehmen dargestellt. Zum anderen zeigen die Ansätze die Verbindung verschiedener Interessenlagen auf, welche sich in den Abbildungen urbaner Zukunftsvorstellungen manifestieren und die visuellen Darstellungen mit Inhalten und Bedeutungen aufladen. Zweitens diskutieren die Autorinnen und Autoren kritische Ansätze und Möglichkeiten zur Verwendung (digitaler) Visualisierungstools in der Stadtplanungspraxis und die sich wandelnde Rolle von Planenden als Produzenten von Visualität.

Die Beiträge zeichnen sich durch eine Bandbreite von qualitativen, quantitativen und mixed-methods Ansätzen aus, mit der unterschiedliche Visualisierungsformen (analog, digital und multimedial) und Beteiligungsformate (citizen science, e-Partizipation, Apps, Videos, analoge Foren) ausgewertet wurden. Die Beispiele reichen von Neubauplanungen ganzer Hauptstädte, Vororten oder Wohngebieten bis hin zur Rekonstruktion und zum Umgang mit historischen Baubeständen. Visualisierungen kommt die Aufgabe bzw.

Funktion zu, einerseits historische Kontexte und Strukturen zu reproduzieren und (wieder) präsent zu machen, andererseits gesellschaftliche oder interessen geleitete Visionen urbaner Zukünfte zu produzieren und abzubilden.

Christoph Bernhardt und Kathrin Meißner (IRS) beleuchten in ihrem Beitrag die Rolle neuer kommunikativer, visueller Strategien im politisch-gesellschaftlichen Kontext der Planungskulturen der 1970er und 1980er Jahre. Menatullah Hendawy und Jörg Stollmann (beide TU Berlin) diskutieren in ihrem Beitrag, inwieweit die ägyptischen öffentlichen Diskurse zu Stadtentwicklung und Stadtplanung von Immobilienwerbung dominiert werden und die Bedürfnisse der Bevölkerung ausklammern. Ajit Singh und Gabriela Christmann (beide IRS) erörtern in ihrem Beitrag Partizipationsprozesse mit Blick auf die Abbildung von Geräuschen in öffentlichen Räumen auf Online-Plattformen als Teil eines Berliner Projekts zur Bürgerbeteiligung.

Das Special Issue kommt zu dem Schluss, dass Mediatisierungs- und Digitalisierungsprozesse die Stadtplanung dahingehend signifikant verändert haben und weiterhin beeinflussen, wie urbane Visionen visuell dargestellt und kommunikativ konstruiert werden. Anhand der verschiedenen Beiträge wurden die Kontextabhängigkeit und die zum Teil gegenläufigen Entwicklungen visueller, digitaler Instrumente aufgezeigt und die Notwendigkeit für weitere Forschung in diesem disziplin- und raumübergreifenden Feld betont. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Gabriela Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de
Prof. Dr. Christoph Bernhardt
Tel. 03362 793 142
christoph.bernhardt@leibniz-irs.de
Kathrin Meißner
Tel. 03362 793 203
kathrin.meißner@leibniz-irs.de

IRS-Wissenstransfer zur Digitalisierung in ländlichen Räumen

Digitalisierung ist ein entscheidender Faktor für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Deutschlands. Nachdem die öffentliche Diskussion sich lange auf den Ausbau von Breitband- und Mobilfunknetzen, speziell in strukturschwachen ländlichen Räumen, konzentrierte, tritt jetzt vermehrt die Frage maßgeschneiderter digitaler Anwendungen

für solche Räume in den Fokus. Die Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ nutzt die in ihrer Leitprojektforschung zu Digitalisierung in Landgemeinden gewonnene Expertise, um Politikakteure bei der Entwicklung von Maßnahmen zu unterstützen.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) sowie das Bun-



desinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) brachten im Mai 2020 die Förderinitiative „Heimat 2.0“ auf den Weg, aus der entsprechende Modellvorhaben gefördert werden sollen. Auf einer Webkonferenz wurde die Initiative zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern von Politik und zivilgesellschaftlichen Initiativen vorgestellt. Gabriela Christmann, Leiterin der Forschungsabteilung „Wissens- und Kommunikationsdynamiken im Raum“, gehörte zu drei Fachleuten, die dabei ihre Expertise zu der Frage einbrachten, wie digitale Lösungen für peripher gelegene und strukturschwache ländliche Räume entwickelt werden können, die über die Bereitstellung von physischer Infrastruktur hinausgehen. Sie berichtete aus dem Leitprojekt zu „Smart Villagers“, in welchem die Entstehung digital unterstützter sozialer Innovationen, etwa in den Bereichen Mobilität und medizinische Versorgung, untersucht wurde.

Sie betonte, dass Digitalisierung nicht nur das Potenzial hat, Dienstleistungen für ländliche Haushalte auf innovative Art zur Verfügung zu stellen, sondern auch, Dorfgemeinschaften neu zu beleben. Fast flächendeckend haben Dörfer in den vergangenen Jahren den Verlust von Versorgungseinrichtungen und besonders von sozialen Infrastrukturen – wie etwa Dorfgasthöfen – verkraften müssen. Der Mangel an Treffpunkten hat vielerorts zum Verlust dörflicher Kommunikation geführt. Neue Anwendungen wie Dorf-Apps, aber auch digital verwaltete physische Infrastrukturen

(etwa eine per Smartphone nutzbare Gemeinschaftshalle) reaktivieren das Dorfleben. Christmann betonte außerdem die Bedeutung digitaler Kompetenzen auf dem Land. Sozial-innovative Aktivitäten werden von engagierten Einzelpersonen, häufig Seniorinnen und Senioren, vorangetrieben. Deren digitale Kompetenz ist für den Erfolg entscheidend und damit ein wichtiger Ansatzpunkt für Fördermaßnahmen.

Im Rahmen des Formats „Leibniz im Bundestag“ führte außerdem Ariane Sept im Mai und Juni Gespräche zum Thema „Digitalisierung in ländlichen Räumen. Wie können abgelegene Dörfer neue Lösungen entwickeln?“ mit drei verschiedenen Bundestagsabgeordneten aus jeweils ländlich geprägten Wahlkreisen. Kernbotschaft aller Gespräche war, dass Digitalisierung definitiv auch im ländlichen Raum gebraucht wird, und dass flächendeckender Breitbandausbau unbedingte Voraussetzung dafür ist. Weiterhin sind Schulungen und digitale Kompetenzen auch, und gerade in Dörfern bedeutsam. Schließlich zeigt sich in den Forschungen der Abteilung immer wieder, dass Dorfbewohnerinnen und -bewohner mitunter sehr spezifische Anwendungen nutzen, mit denen ganz konkrete Problemlagen bewältigt werden sollen. Offene Fragen seitens der Politikakteure betrafen vor allem Möglichkeiten der Förderung von ländlicher Digitalisierung und die zukünftige Bedeutung ortsunabhängigen Arbeitens und Homeoffice für ländliche Räume. Alle Gespräche endeten mit dem Wunsch der Abgeordneten, über das Thema Digitalisierung und ländliche Räume informiert zu bleiben. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Gabriela Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Dr. Ariane Sept
Tel. 03362 793 146
ariane.sept@leibniz-irs.de



16th IRS International Lecture
on Society and Space

Zwischen „Ankunftsquartier“ und „Falle“: Zwei Veranstaltungen am IRS beleuchten neue Herausforderungen der Integration in städtischen Wohnvierteln

Link zum Video

► [leibniz-irs.de/aktuelles/
video-channel](https://leibniz-irs.de/aktuelles/video-channel)

Link zum Podcast

► [leibniz-irs.de/aktuelles/
podcast-societyspace](https://leibniz-irs.de/aktuelles/podcast-societyspace)

Seit 2015 ist die internationale Migration nach Deutschland zu einem Topthema vieler politischer Debatten geworden. In vielen ostdeutschen Städten vollziehen sich diese Debatten auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Konzentration Geflüchteter gerade in peripheren Plattenbausiedlungen, die sich aktuell zu neuen „Ankunftsquartieren“ entwickeln. Diese Entwicklung wirft in der Planungspraxis vielfältige neue Fragen auf: Entstehen hier Sprungbretter, welche die Integration Zugewanderter erleichtern – oder eher neue „Ghettos“? Welche neuen Aufgaben und Bedarfe ergeben sich auf Nachbarschaftsebene? Wie wird diese Entwicklung politisch verarbeitet? Am IRS fanden im Sommer 2020 zwei Veranstaltungen statt, in denen die Herausforderungen von Ankunftsquartieren intensiv diskutiert wurden.

Eingeladen hatte dazu die Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“, welche die skizzierte Entwicklung intensiv in mehreren Forschungsprojekten begleitet und hierzu auch mit der Praxis im Dialog steht. Die 16. IRS International Lecture on Society and Space beschäftigte sich am 30. Juni 2020 unter dem Titel „Arrival Cities and Neighbourhood Traps“ mit der Beziehung zwischen Zuwanderung in migrantisch geprägte Stadtviertel und so-

zialer Mobilität bzw. dem Fehlen sozialer Mobilität. Sie wurde als Online-Veranstaltung organisiert und von über 100 Teilnehmenden live verfolgt.

Als Referent war der kanadische Journalist und Autor Doug Saunders eingeladen, der mit seinem Buch „Arrival City: How the largest Migration in History is Reshaping Our World“ (2011), den Begriff der Ankunftsquartiere weltweit populär gemacht hat. In seinem Vortrag legte Saunders die Bedingungen für Erfolg und Misserfolg von durch Einwanderung definierten Vierteln dar. Er argumentierte, dass Ankunftsquartiere wirtschaftliche und soziale Gelegenheitsstrukturen anbieten, die Migranten den sozialen Aufstieg erleichtern. Der Hauptgrund für die Entstehung von Ankunftsquartieren liegt in niedrigen Wohnkosten und in der Existenz sozialer Netzwerke, die neu Zugewanderten Unterstützung bieten. Gleichzeitig zeigte die internationale Erfahrung, dass sich Ankunftsquartiere in aufeinanderfolgenden Generationen in soziale „Mobilitätsfallen“ verwandeln können.

Als wesentliche Gründe hierfür benannte Saunders Armut und die daraus resultierende Angewiesenheit auf preiswerten Wohnraum, versperrte berufliche Aufstiegschancen (bspw. aufgrund der Nicht-Anerkennung von Bildungs-

abschließen), Defizite an wohnortnahen höheren Bildungsangeboten, qualitativ minderwertige Schulen, physische Isolierung und unzureichende Verkehrsanbindung sowie Hindernisse bei Unternehmensgründungen. Gleichzeitig hob Saunders hervor, dass Städte viel tun können, um diese Probleme anzugehen. Seit Jahrzehnten seien Revitalisierungsprogramme erprobt worden, in denen posi-



v.l.n.r.: Stefanie Kaygusuz-Schurmann, Leiterin des Servicebereichs Bildung und Integration der Stadt Cottbus, Dr. Madlen Pilz, Sozialwissenschaftlerin am IRS und René Wilke, Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder)

tive und negative Erfahrungen gemacht wurden, aus denen man lernen könne. Dabei gäbe es zwar keine magische Lösung für alle Probleme, aber ein eine Vielzahl von effektiven Ansätzen.

Nihad El-Kayed vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität zu Berlin unterstrich als Discussant die Komplexität des Themas. Unter Bezugnahme auf eigene Studien in deutschen Städten wies sie insbesondere darauf hin, dass die von Saunders beschriebenen Probleme im Zusammenwirken von Umständen entstünden, die auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen angesiedelt sind und die unterschiedlichen Logiken folgten. Auch die Alltags- und Mobilitätspraxen von Geflüchteten seien nicht ausschließlich auf ihre Wohnquartiere konzentriert. Ein ausschließlicher Fokus auf die Nachbarschaft könne deshalb leicht zu kurz greifen.

Am 9. Juli 2020 wurde das Thema „Ankunftsquartiere“ auf dem 48. Regionalgespräch – online und zunächst ohne Publikum – ein weiteres Mal diskutiert. Die Veröffentlichung als Audiobeitrag im IRS-Podcast Society@Space folgte dann am 17. Juli 2020. Aus der Praxis nahmen Stefanie Kaygusuz-Schurmann (Leiterin des Servicebereichs Bildung und Integra-

tion der Cottbuser Stadtverwaltung) und René Wilke, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) am Gespräch teil. Madlen Pilz, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“, stellte die IRS-Forschung zu Ankunftsquartieren vor.

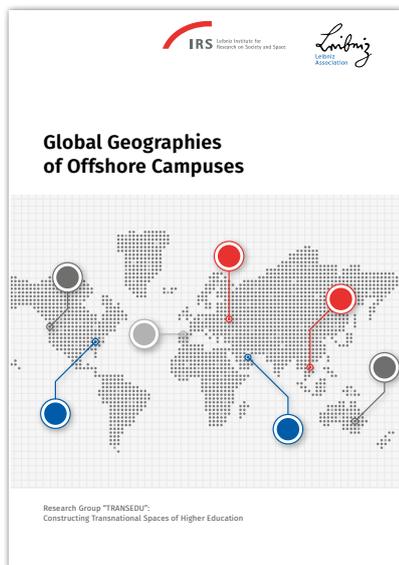
Kaygusuz-Schurmann, Wilke und Pilz tauschten sich zu den Fragen von Ankunft, Integration, kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten und sozialem Miteinander im städtischen Alltag aus. Dabei thematisierten sie die Schwierigkeiten mit dem Begriff des Ankunftsquartiers, der trotz wachsender Beliebtheit bislang weder wissenschaftlich noch kommunalpolitisch abschließend ausbuchstabiert ist. Hinzu kommt, dass sich auch die Bedingungen für die kommunale Integrationsarbeit in Cottbus und Frankfurt (Oder) von den bei Doug Saunders beschriebenen Ankunftsquartieren unterscheiden: Beide Kommunen können mit Hilfe des brandenburgischen Landesfonds für die kommunale Migrationssozialarbeit zahlreiche Projekte, Anlaufstellen und auch Arbeitsmöglichkeiten finanzieren. Der große Bestand an kommunalem Eigentum an Wohnraum öffnet den Kommunen breitere Handlungsräume bei der Unterbringung Zugewanderter.

Im Gespräch wird auch deutlich, dass der Begriff Ankunftsquartier neue Perspektiven eröffnet. Deren Fokus liegt nicht so sehr auf den Schwierigkeiten für Zugewogene: die schweren Anfangszeiten zu überstehen, einen neuen Alltag zu organisieren, neue Kontakte und Netzwerke aufzubauen oder in der Arbeitswelt Fuß zu fassen. Der Blick wird stärker auf ihre Kreativität und ihren hohen Einsatz in diesem Prozess gelenkt. Diesen Aspekt gilt es noch stärker zu berücksichtigen, um kommunale Integrationsarbeit erfolgreicher auszugestalten. So könnten bürokratische Regularien dort, wo sie sich für Zugewogene als Barrieren erweisen, etwa bei der Integration in die Arbeitswelt, flexibilisiert werden. Der Begriff des Ankunftsquartiers hat eine inspirierende Kraft, resümierte Stefanie Kaygusuz-Schurmann, die es gestalterisch zu nutzen gilt. ■

Kontakt:
PD Dr. Matthias Bernt
Tel. 03362 793 275
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Dr. Madlen Pilz
Tel. 03362 793 179
madlen.pilz@leibniz-irs.de

Erste wissenschaftliche Erhebung von Universitäts-Auslandscampussen veröffentlicht



Zunehmend bieten Universitäten Lehre nicht nur am heimischen Campus oder online an, sondern auch in internationalen Zweigstandorten. Diese „Offshore Campuses“ sind oft als glamouröse Wissenschaftsstädte gestaltet, die kommerziell vermarktet werden. Seit 2018 erforscht die Nachwuchsgruppe „Constructing Transnational Spaces of Higher Education. International Branch Campus Development at the Interface of Network and Territorial Embeddedness“, kurz „TRANSEDU“ unter Leitung von Jana Kleibert, wie Universitäten und Akteure in den Zielländern „Offshore Campuses“ planen und errichten, welche Motive und Strategien dabei verfolgt werden und welche Konsequenzen sich daraus für die Universitäten selbst, die Studierenden sowie die Orte, an welchen die Standorte errichtet werden, ergeben. Ein wesentlicher Meilenstein der Untersuchung war die Schaffung eines einheitlichen quantitativen Gesamtüberblicks über Stand und Entwicklung internationaler Hochschulcampusse. Bislang wurden vergleichbare Daten von hochschulpolitischen Institutionen wie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), dem British Council oder Campus France herausgegeben. Deren Berichte folgen aber keiner einheitlichen Definition oder wissenschaftlichen Methodik und unterscheiden sich stark in ihren Aussagen. Zudem wurden Daten bisher nur auf Länderebene erhoben, nicht auf Stadtebene. Nun liegt unter dem Titel „Global Geographies of Offshore Campuses“ ein Bericht vor, in dem die von der Nachwuchsgruppe gesammelten Daten aufbereitet sind.

Als Kriterien für einen Offshore Campus gelten: An einem Ort muss eine physische (bauliche) Präsenz einer ausländischen Hochschuleinrichtung bestehen, an der Hochschulabschlüsse erworben werden können. Nach dieser Definition bestehen derzeit 487 Offshore Campuses, mindestens 14 weitere sollen demnächst eröffnet werden. Das Wachstum der Off-

shore Campuses ist seit 1989 kontinuierlich stark, mit durchschnittlich zweistelligen Wachstumszahlen bis 2009 und einem geringeren Wachstum in den letzten zehn Jahren. Insgesamt wurden 58 Offshore Campuses wieder geschlossen, hauptsächlich in den letzten fünfzehn Jahren. Überwiegend westliche Universitäten errichten Offshore Campuses, besonders aus Großbritannien, Frankreich und den USA. Insbesondere französische Hochschulen errichten dabei große Zahlen von internationalen Zweigstellen (bis zu 34). Im Laufe der Zeit zeigt sich allerdings eine Diversifizierung der Entsendeländer. Der Anteil der fünf wichtigsten Exporteure ist von 90% im Jahr 1990 auf 70% im Jahr 2010 geschrumpft.

Die wichtigsten Zielländer für Offshore Campuses sind China (67), die Vereinigten Arabischen Emirate (44), Singapur (19), Malaysia und Spanien (jeweils 17). Zweigstellen werden allerdings nicht nur aus dem globalen Norden in den globalen Süden exportiert. Europäische Länder und Städte sind sowohl als Importeure als auch als Exporteure von Campusanlagen prominent vertreten, insbesondere London und Paris. Insgesamt sind Offshore Campuses stark in wenigen Großstädten konzentriert, vor allem in Dubai (29), Singapur (19), Shanghai (15), London und Doha (beide 12). In mehreren Fällen entfällt auf eine Stadt ein erheblicher Anteil aller Offshore Campuses (auf Dubai entfallen 66% aller Standorte in den Vereinigten Arabischen Emiraten und auf London 80% aller Standorte in Großbritannien).

Teils werden Cluster von Offshore Campuses als „transnationale Bildungszentren“ entwickelt, die gezielt ausländisches Investitionskapital anziehen sollen. Dazu gehören beispielsweise Education City (Katar), Dubai International Academic City (Vereinigte Arabische Emirate), EduCity Iskandar (Malaysia) und Unicity Education Hub (Mauritius). Obwohl nur etwa 10% aller Offshore Campuses weltweit in diesen transnationalen Bildungszonen liegen, finden diese Projekte besondere globale Aufmerksamkeit. ■

Kontakt:
Dr. Jana Kleibert
Tel. 03362 793 158
jana.kleibert@leibniz-irs.de

Zwei Special Issues zur Energiewendeforschung erschienen



Krüger, Timmo; Pellicer-Sifres, Victoria (eds.) (2020): *Analysing the Ecological Crisis: Conflicts, (De-)Politicization, and Power Relations*. *Innovation* 33 (2)

Im Sommer 2020 erschienen zwei Special Issues in renommierten Fachzeitschriften, in welchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ als Guest Editors fungierten und eigene Beiträge veröffentlichten. Beide Ausgaben adressieren Fragen der sozial-ökologischen Transformation, insbesondere des Energiesystems.

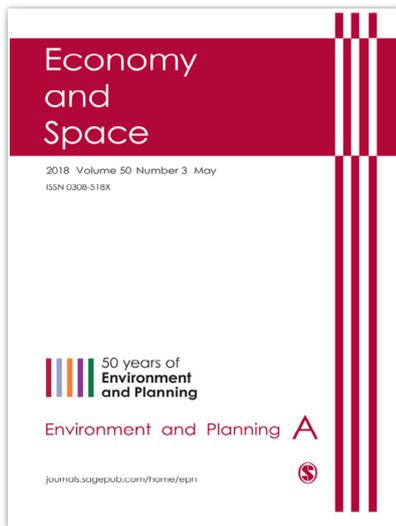
Die Sonderausgabe „**Analysing the Ecological Crisis: Conflicts, (De-)Politicization, and Power Relations**“ der Zeitschrift „Innovation“, editiert von Timmo Krüger (IRS) und Victoria Pellicer-Sifres (Universität Politècnica de València) im Mai 2020, befasst sich mit Macht und Konflikten in gesellschaftlichen Reaktionen auf ökologische Krisen, insbesondere bei der Transformation von Energiesystemen sowie mit Ansätzen zur Untersuchung dieser Reaktionen. Die Idee für das Sonderheft entstand auf der internationalen Konferenz „Breaking the Rules! Energiewende als gesellschaftliche Innovationen“, die im Juni 2018 in Berlin stattfand und vom Leibniz-Forschungsverbund Energiewende, an dem das IRS beteiligt ist, ausgerichtet wurde.

Die Autorinnen und Autoren eint das Interesse am Zusammenhang zwischen Klimawandel, der Zerstörung natürlicher Ressourcen sowie dem Verlust von Biodiversität und menschlichem Lebensraum einerseits und Fragen von Konflikt, (De-)Politisierung und Macht andererseits. Dabei stellen sie alternative ökonomische Logiken wie beispielsweise Degrowth ins Zentrum der Analyse. Sie benennen alternative Ideen von Reichtum, Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit, Machtkämpfe, Konflikte und Politisierung als die wesentlichen Dynamiken sozio-ökologischer Transformationen. Darüber hinaus räumen sie, aus einer Post-Wachstumsperspektive argumentierend, Exnovationen (also der Abschaffung schädlicher Praktiken wie etwa der Gewinnung und Nutzung von Kohle) Vorrang vor Innovationen (also der Eta-

blierung neuer technischer und anderer Praktiken und Problemlösungen) ein.

Einige Beiträge konzentrieren sich auf Bottom-up-Initiativen, wie beispielsweise Victoria Pellicer-Sifres' Untersuchung der Rolle der aktiven Bürgerschaft in der spanischen Energiewende und Philipp Altmanns Analyse des sich wandelnden ökologischen Diskurses der indigenen Bewegung in Ecuador von den 1920er Jahren bis heute. Andere Beiträge konzentrieren sich auf Top-down-Dynamiken, wie Cristián Flores Fernández' Studie über die von der chilenischen Regierung vorangetriebene, entpolitisierte Energie-Transformation, welche ungleiche Machtverhältnisse im Energiesystem eher verfestigt als verändert hat. Zwei Artikel befassen sich mit den unklaren Auswirkungen externer Interventionen, insbesondere durch humanitäre Organisationen und Entwicklungshilfe, auf Fragen der Energie- und Umweltgerechtigkeit in Ländern des globalen Südens. Die Ausgabe schließt mit zwei methodologischen Artikeln, in denen Ansätze zur Untersuchung sowohl der Trägheit hegemonialer Formationen als auch möglicher Öffnungen vorgestellt werden.

Das Themenheft „**New Energy Spaces**“ in der Fachzeitschrift „*Environment and Planning A: Economy and Space*“, das im August 2020 erschien, behandelt die räumliche Dimension sozial-ökologischer Transformationen, wiederum mit einem besonderen Interesse am Energiesystem. Die beiden Guest Editors, Gavin Bridge (Durham University) und Ludger Gailing (IRS, jetzt BTU Cottbus-Senftenberg) versammeln in dem Themenheft Beiträge, die bei einer Session der Jahreskonferenz der Royal Geographical Society und des Institute of British Geographers (RGS-IBG) 2017 erstmals vorgestellt wurden. Ihr Augenmerk richtet sich darauf, geographische Perspektiven in der Energiewendeforschung zu stärken, genauer gesagt die Perspektive einer Geographical Political Economy. Damit ist eine Forschungsperspektive gemeint, die sich auch, aber nicht nur für Energieinfrastrukturen



Bridge, Gavin; Gailing, Ludger (eds.) (2020):
*New Energy Spaces. Environment and
 Planning A: Economy and Space* 52 (6)

Kontakt:
 Prof. Dr. Kristine Kern
 Tel. 03362 793 205
 kristine.kern@leibniz-irs.de

als physisch-materielle Installationen interessiert, die im Raum verteilt sind. Sie interessiert sich, darauf aufbauend, auch für die ungleichen Machtbeziehungen, die durch Energienetze verkörpert werden, die ungleichen Entwicklungen zwischen verschiedenen Räumen, die sie befördern, und die Rolle, die sie in kapitalistischer Akkumulation spielen – also der zunehmenden Konzentration von Kapital in den Händen weniger Akteure.

Eine solche geographische und kritische Perspektive kann einige Aspekte zeigen, die für das Verständnis einer „Post Carbon“-Transformation wesentlich sind: Alte Strukturen haben ein Beharrungsvermögen – Kohlekraftwerke und stark zentralisierte Energienetze verschwinden nicht einfach. Sie begrenzen die Möglichkeiten und das Tempo des Wandels. Zugleich ersetzt Neues (beispielsweise Windparks oder stärker dezentrale, regionale Versorgungsstrukturen) nicht einfach das Alte. Neues und Altes koexistieren stattdessen und prägen durch ihre Kombination, die für sich genommen ebenfalls neu und einzigartig ist, die unmittelbare Zukunft. Dadurch werden manche Räume bessergestellt, etwa hinsichtlich der wirtschaftlichen Wertschöpfung im Energiesektor, und manche schlechter. Auch ganz neue Energieräume entstehen, weil sich die räumliche Organisation von Energieerzeugung, -versorgung und -konsum wandelt. Dynamiken von Investition und Disinvestment (der Rückzug aus einem Investment) verändern die Art, wie rund um Energieerzeugung und -konsum Profite generiert werden, wie Kapital akkumuliert wird, und welche wirtschaftlichen Player und Geschäftsmodelle als Gewinner aus dem Wandel hervorgehen.

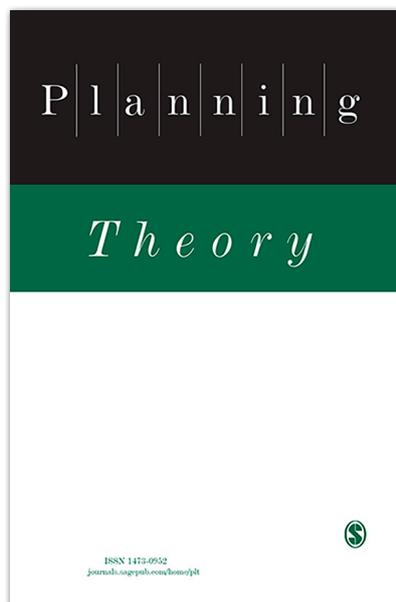
Zwei der vier Beiträge des Themenhefts basieren auf IRS-Forschung. Sören Becker (Universität Bonn und Alumnus des IRS), James Angel (King's College Lon-

don) und Matthias Naumann (Universität Klagenfurt und ebenfalls Alumnus des IRS) widmen sich in ihrem Artikel „Energy democracy as the right to the city: Urban energy struggles in Berlin and London“ der Frage, wie sich alternative Energiezukünfte in den beiden Metropolen darstellen. In beiden ringen Initiativen – der „Berliner Energietisch“ und „Switched on London“ – um eine Demokratisierung der Energieversorgung. Ludger Gailing (BTU Cottbus-Senftenberg), Kristine Kern, Andreas Röhring (beide IRS) und Andrea Bues (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Alumna des IRS) zeichnen in ihrem Artikel „Socio-spatial dimensions in energy transitions: Applying the TPSN framework to case studies in Germany“ die räumlichen Dimensionen der deutschen Energiewende nach. Dabei zeigen sie, dass Machtbeziehungen in bisherigen Forschungen zur Räumlichkeit sozial-ökologischer Transformationen nicht ausreichend beleuchtet werden. Das Interesse an Machtbeziehungen und Konflikten ist somit ein verbindendes Element zwischen beiden Special Issues.

Andrea Bues veröffentlichte zudem im Juni 2020 unter dem Titel „Social Movements against Wind Power in Canada and Germany. Energy Policy and Contention“ im Routledge-Verlag ihre Dissertationsschrift zu Anti-Windkraft-Bewegungen in Brandenburg und der kanadischen Provinz Ontario. Die Arbeit basiert auf Forschungen, die Bues während ihrer Zeit am IRS durchführte. ■

Konflikte

als Teil der Planung begreifen



Durch die soziale Polarisierung und Pluralisierung unserer Gesellschaft nehmen Konflikte in der Planung zu. Es gibt heute kaum ein Projekt, gegen das nicht protestiert wird. Bekannte Beispiele sind Stuttgart 21, die Bebauung des Tempelhofer Feldes in Berlin, Bürgerinitiativen gegen Windkraft – und aktuell auch die Tesla-Ansiedlung in Grünheide unweit des IRS-Standortes Erkner. Wie kann Planung mit diesen Konflikten umgehen? Die agonistische Planungstheorie sieht Konflikte als Teil einer pluralistischen Demokratie an und betrachtet sie als Motoren für Wandel. Ein neues Paper von Manfred Kühn, das in der renommierten Zeitschrift „Planning Theory“ erschienen ist, setzt sich kritisch mit der agonistischen Planungstheorie auseinander und beschreibt einige Dilemmata, die sich in der Planungspraxis daraus ergeben.

In ihrem aktuellen Leitprojekt „Zuwanderung: Governance-Dilemmata von Städten“ untersucht die Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“, wie Städte mit den zahlreichen Widersprüchen rund um das Thema Zuwanderung umgehen: Stadtpolitik muss Zuwanderung gestalten, obwohl ihr kaum formale Zuständigkeiten und Steuerungsinstrumente dafür zur Verfügung stehen. Sogenannte Wachstumskoalitionen in Städten treten für Zuwanderung ein, während populistische Bewegungen vielerorts starke, zuwanderungskritische Gegenkräfte formieren. Konflikt ist somit ein zentrales Thema des Projekts. Als Grundlage für ihre empirische Forschung hat das Forschungsteam um Projektleiter Manfred Kühn deshalb erstmals die

agonistische Planungstheorie aufgegriffen, die Konflikte um Planungsvorhaben ins Zentrum ihres Interesses stellt und nicht, wie frühere Theorien, beispielsweise die Idee von Konsensbildung durch Kommunikation.

Das Paper ist eine theoretisch-konzeptionelle Auseinandersetzung mit diesem Theorieansatz und arbeitet drei zentrale Dilemmata für den Umgang der Planung mit Konflikten heraus: Erstens erleichtern digitale Demokratieformen die Bürgerbeteiligung, aber sie erschweren in einer pluralistischen Demokratie die politische Willensbildung. Zweitens stärkt Bürgerbeteiligung Pluralität, also die Vielfalt artikulierter Positionen, sie verstärkt aber auch soziale Ungleichheiten, da bildungs- und ressourcenstarke Gruppen sich machtvoller artikulieren können. Drittens erfordert eine „Streitkultur“ Offenheit in der Bürgerbeteiligung, gleichzeitig ist aber auch eine Schließung erforderlich, wenn es sich um antidemokratische und antipluralistische Kräfte handelt. Besonders deutlich wird dieses Dilemma bei der Frage, inwieweit demokratische Akteure versuchen sollen, die extreme Rechte in demokratische Aushandlungsprozesse einzubinden. ■

Kontakt:
Dr. Manfred Kühn
Tel. 03362 793 238
manfred.kuehn@leibniz-irs.de

Kühn, Manfred (2020): Agonistic Planning Theory Revisited: The Planner's Role in Dealing with Conflict. Planning Theory, online first

Neue Publikationsreihe „IRS Dialog“

Das IRS hat eine neue hauseigene Publikationsreihe etabliert



► leibniz-irs.de/wissenstransfer/transferpublikationen/irs-dialog

Kontakt:
Gerhard Mahnken
Tel. 03362 793 113
gerhard.mahnken@leibniz-irs.de



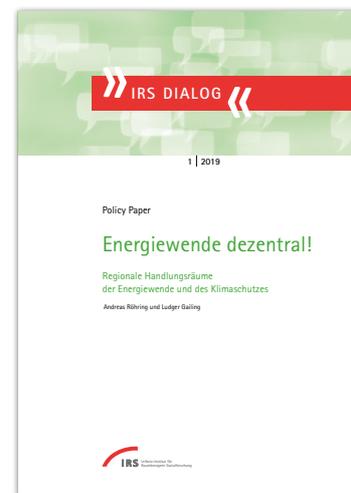
„IRS Dialog“ dient als Dachformat für die Publikation von Ergebnissen der IRS-Forschung jenseits von Fachjournalen und Büchern. Auf diesem Weg macht das IRS seine Erkenntnisse der Öffentlichkeit direkt und unkompliziert zugänglich. IRS Dialog umfasst mehrere Subkategorien:

- IRS Dialog Forschungsberichte geben Auskunft über noch laufende oder abgeschlossene Forschungsprojekte. In diese Kategorie fallen beispielsweise Abschluss- und Zwischenberichte aus Drittmittelprojekten sowie Datenaufbereitungen.
- IRS Dialog Policy Papers übersetzen Forschungsergebnisse in Beiträge zu gesellschaftlichen und politischen Debatten über Raumentwicklung. Zwei bereits erschienene Policy Papers wurden nachträglich in die Reihe integriert.
- IRS Dialog Working Papers geben Arbeitsstände wissenschaftlicher Artikel wieder, die, noch ohne Peer Review, der wissenschaftlichen Diskussion zugänglich gemacht werden. Die ursprüngliche Reihe „IRS Working Papers“ wurde mit der letzten Publikation im Jahr 2015 eingestellt. Mit IRS Dialog steht nun ein neuer Rahmen für Working Papers bereit. Die alten Working Papers bleiben jedoch weiterhin zugänglich.

Die Reihe IRS Dialog wird online auf der Website des IRS sowie im Repository EconStor veröffentlicht.

Bisher sind zwei neue Publikationen in der Reihe IRS Dialog erschienen. In ihrem Forschungsbericht „Logistik und Mobilität in der Stadt von morgen. Eine Expert*innenstudie über letzte Meile, Sharing-Konzepte und urbane Produktion“ (Juni 2020) legen Ralph Richter, Max Söding und Gabriela Christmann die Ergebnisse einer Delphi-Befragung dar, in der über 300 Expertinnen und Experten nach ihren Einschätzungen zu den Wirkungen und Umsetzungschancen einer Reihe alternativer städtischer Logistikkonzepte gefragt wurden. Die Daten wurden im Rahmen des BMBF-Projekts „Stadtquartier 4.0“ erhoben.

Im Policy Paper „Gute Bedingungen für lokale Wertschöpfung aus Windkraftanlagen Erfahrungen und Empfehlungen“ (September 2020) beschreiben Eva Eichenauer und Ludger Gailing Erfolgsfaktoren für die Beteiligung von Gemeinden an Windkraftanlagen, die in ihrem Gebiet errichtet werden. Sie geben Umsetzungsempfehlungen zum in Novellierung befindlichen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und bereiten Praxiserfahrungen zum 2016 beschlossenen Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (BüGemeteilG M-V) auf. Die Publikation basiert auf Erkenntnissen aus dem BMBF-Projekt „ReGerecht“. An weiteren Publikationen wird derzeit gearbeitet. ■





► www.stadtwende.de

Seit Juli 2020 ist die Internetpräsenz des Stadtwende-Projektverbunds in neuem Design, mit neuen Inhalten und mit voller multimedialer Funktionalität erreichbar. Die Website ist ein zentraler Baustein der Forschungs- und Kommunikationsarbeit des Projektverbunds – bestehend aus der Technischen Universität Kaiserslautern, wo auch die Verbundleitung und -koordination angesiedelt ist, der Historischen Forschungsstelle des IRS, der Bauhaus-Universität Weimar und der Universität Kassel. Das vom BMBF finanzierte Projekt beforcht seit Anfang 2019 Bürgerinitiativen, die sich gegen den Altstadtverfall in der DDR einsetzten. Auf der Stadtwende-Website wird über laufende Projektaktivitäten, etwa Veranstaltungen an den untersuchten Orten, umfassend informiert. Vor allem aber werden Initiativen an über 30 Orten dokumentiert, in kurzen Texten, Bildern, Originaldokumenten und perspektivisch auch durch Videos und Interviews.

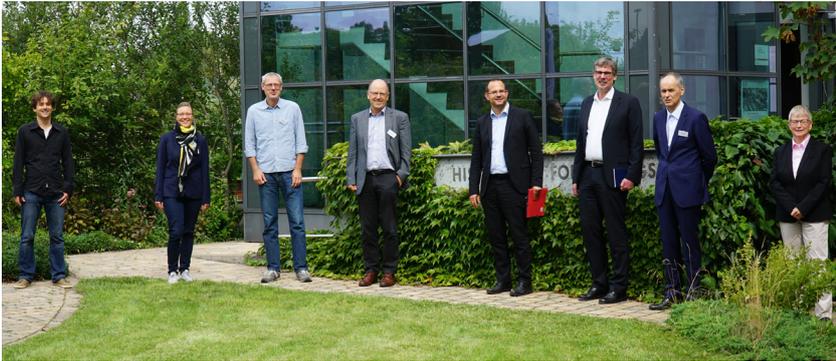
Bis zum Sommer 2020 war die Internetpräsenz lediglich als Betaversion erreichbar. Die neue Version bieten nun eine deutlich verbesserte Nutzungserfahrung. So lassen sich sowohl über Filter wie „Person“, „Einrichtung“, „Bürgergruppe“ oder „Ort“, als auch über eine Kartenansicht

gezielt Einträge – genannt „Stadtwendepunkte“ – suchen. Das „Kuratorium Altstadt Pirna“ ist etwa so ein Wendepunkt: In der sächsischen Stadt wurde der Widerstand gegen den geplanten Abriss des sogenannten Teufelserkerhauses aus dem 16. Jahrhundert zum Kristallisationspunkt einer Bürgerbewegung. Textlich und in Bildern wird auf der Stadtwende-Seite gezeigt, wie Protest gegen Stadtverfall und Widerstand gegen das SED-Regime in Pirna ineinander übergingen.

Auch ehemalige Engagierte sowie Zeitzeuginnen und -zeugen sollen über die Website den Weg in die Forschung finden. „Die Seite soll Menschen, die damals an Bürgergruppen beteiligt waren, die Möglichkeit geben, sich einzubringen: über ein Mitmach-Formular oder indem sie sich direkt an Personen des Projektes wenden“, erklärt Dokumentarin Sarah Day, die am IRS die Inhalte der Website verantwortet. „Die Internetpräsenz soll noch nicht als ein fertiges Produkt angesehen werden. Sie entwickelt sich ständig fort und wird weiter gefüllt“, sagt Day. Das Stadtwende-Projekt läuft noch bis Dezember 2022. Die Konzeption, Gestaltung und Programmierung der neuen Stadtwende-Seite wurde von der Leipziger Agentur Knick Design erarbeitet, die auf Kommunikations- und Interaction Design spezialisiert ist. ■

Kontakt:
Sarah Day
Tel. 03362 793 211
sarah.day@leibniz-irs.de

Besuche von MWFK und BMI in Erkner



v.l.n.r.: Dr. Timmo Krüger, Dr. Jana Kleibert, PD Dr. Matthias Bernt, Prof. Dr. Christoph Bernhardt, Staatssekretär Tobias Dünow, Prof. Dr. Oliver Ibert, Dieter Aulbach, Prof. Dr. Gabriela Christmann

Erstmals seit dem Amtsantritt der rot-schwarz-grünen Regierungskoalition in Brandenburg besuchte Wissenschaftsstaatssekretär Tobias Dünow (SPD) in Begleitung von Nicole Pacha, Referentin für Außeruniversitäre Forschung im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur am 28. August 2020 das IRS und informierte sich über dessen Arbeit. Staatssekretär Dünow traf sich mit leitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des IRS, die ihm Einblicke in aktuelle Forschungsprojekte des Instituts gaben. Danach unternahm Dünow und Pacha einen Rundgang durch das IRS und seine wissenschaftlichen Sammlungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Abschließend würdigte der Staatssekretär das IRS als herausragende Forschungseinrichtung:

Dr. Juliane Riese
Tel. 03362 793 112
juliane.riese@leibniz-irs.de

„Das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung ist nicht nur ein hochkompetenter Akteur für die Zukunftsentwicklung von Städten und Regionen – mit seinen Forschungsschwerpunkten und seiner Expertise ist es auch eine bundesweit einmalige Forschungseinrichtung“.

Am 1. Oktober 2020 besuchten außerdem Regierungsdirektorin und Referatsleiterin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Almuth Draeger, und ihr Referent Björn Nehls das IRS. Frau Draeger ist neu in der Rolle der stellvertretenden Vorsitzenden des IRS-Kuratoriums und nutzte ebenfalls die Gelegenheit, das IRS kennenzulernen. ■



Almuth Draeger, Regierungsdirektorin und Referatsleiterin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Neues Leibniz-Forschungsnetzwerk „Leibniz R“ löst 5R-Netzwerk ab

Das bisherige 5R-Netzwerk der raumwissenschaftlichen Institute der Leibniz-Gemeinschaft und des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund wird durch ein neues Leibniz-Forschungsnetzwerk abgelöst.

Es trägt den Namen „R – Räumliches Wissen für Gesellschaft und Umwelt“, kurz „Leibniz R“. Einem entsprechenden Antrag hat das Präsidium der Leib-

niz-Gemeinschaft zugestimmt. Das neu ins Leben gerufene Leibniz-Forschungsnetzwerk vereint die Kompetenzen des IRS, des ILS, der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) in Hannover, des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) in Leipzig, des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden, des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) in

Halle (Saale) und des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg. Perspektivisch sollen weitere Kooperationspartner angesprochen werden. Gemeinsam wollen die Institute soziale, ökologische und ökonomische Prozesse und Wechselwirkungen in ihren vielfältigen räumlichen Zusammenhängen analysieren und die Forschungsergebnisse für Gesellschaft und Politik verständlich aufbereiten. Geplant sind unter anderem gemeinsame Positionspapiere sowie Politikdialoge zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Regelmäßige Treffen und Workshops, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, Angebote zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die gemeinsame Herausgabe wissenschaftlicher Publika-

Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 118
oliver.ibert@leibniz-irs.de

tionen stehen ebenfalls auf der Agenda. Aktueller Sprecher des neu eingerichteten Netzwerks ist Rainer Danielzyk, Generalsekretär der ARL und Professor für Landesplanung und Raumforschung an der Leibniz Universität Hannover. Das alle zwei Jahre stattfindende „Raumwissenschaftliche Kolloquium“, eine vom 5R-Netzwerk ausgerichtete Transferkonferenz zur Raumentwicklung von nationaler Bedeutung, wird durch „Leibniz R“ fortgesetzt. Das nächste Kolloquium wird im Frühsommer 2021 stattfinden und sich dem Thema „Raumentwicklung und Corona – eine Zwischenbilanz“ (Arbeitstitel) widmen. ■

Audit durchgeführt

Am 15. Oktober 2020 führte der Wissenschaftliche Beirat des IRS unter der Leitung seines Vorsitzenden Prof. Dr. Hubert Heinelt turnusgemäß ein Audit durch. Aufgrund der Coronapandemie musste die Auditierung per Videokonferenz organisiert werden. Das Audit dient dazu, die Fortschritte des Instituts bei der Umsetzung seiner Leistungs- und Weiterentwicklungsziele seit seiner letzten Evaluierung 2017 zu überprüfen und eine Vergewisserung darüber zu erhalten, wo das IRS derzeit steht. Die Auditierung erfolgt entlang der Leitlinien, die für externe Evaluierungen von Leibniz-Instituten vorgeschrieben sind. Das IRS legte dazu eine Reihe von schriftlichen Berichten vor und ergänzte diese mit mündlichen Präsentationen. Der Wissenschaftliche Beirat beschäftigte sich mit dem Gesamtkonzept des IRS, der strategischen Arbeitsplanung für die kommenden Jahre sowie den zentralen Leistungsparametern des Instituts bei Publikationen, eingeworbenen Drittmitteln und im Wissenstransfer für die Jahre 2017 bis 2019. Ferner standen strukturelle Ziel-

Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 118
oliver.ibert@leibniz-irs.de

setzungen im Fokus, etwa das Konzept zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses oder die Fortschritte in der internationalen Vernetzung. Auch die fünf Forschungsabteilungen erhielten Gelegenheit, die Ergebnisse ihrer Forschungen darzustellen und ihre Planungen für die künftigen Entwicklungen ihrer Forschungsfelder zu erläutern. „In seinem Abschlussbericht sieht der wissenschaftliche Beirat das IRS auf einem guten Weg zu einer erfolgreichen Evaluierung, die im Jahr 2024 vorgesehen ist. Er gibt uns aber auch wertvolle Hinweise, worauf wir in den kommenden Jahren bei der Weiterentwicklung des Instituts besonderes Augenmerk richten sollen. Besonders wichtig ist für uns die im Bericht zum Ausdruck gebrachte Unterstützung des Beirats für den im Sommer 2019 angestoßenen Strategieprozess zur Neuorganisation der Forschung“ sagt IRS-Direktor Oliver Ibert. Das IRS dankt dem Wissenschaftlichen Beirat für die große Sorgfalt und Umsicht, mit dem er die Auditierung durchgeführt hat. ■

Forschungsverbund zur historischen Authentizität im städtischen Bauerbe nimmt die Arbeit auf



Im Juni 2020 nahm der internationale Projektverbund „Urban Authenticity: Creating, Contesting, and Visualising the Built Heritage in European Cities since the 1970s“, kurz „UrbAuth“, unter der Leitung der Historischen Forschungsstelle des IRS die Arbeit auf. Das Projekt will klären, wie Städte seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute in ihrer Baupolitik historische Authentizität herzustellen versuchen, und warum dabei immer wieder Gebäude aus bestimmten Epochen als Identifikationspunkte herangezogen werden, etwa barocke Kirchen und Schlösser, während die Spuren anderer Epochen, etwa der DDR-Architektur, aus den Stadtbildern verschwinden. Es untersucht, wie in öffentlichen Debatten, in den Medien und im Städtebau bestimmte Teile des baulichen Erbes von Städten „authentisiert“ und damit aufgewertet wurden.

Verschiedene Anlässe dazu sind in jüngerer Zeit gegeben: der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses als Humboldt-Forum (und der vorangegangene Abriss des Palastes der Republik), der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche oder auch die Potsdamer Garnisonkirche. Sie alle repräsentieren Versuche, ein historisch „authentisches“ Stadtgefüge wiederherzustellen. Authentizität ist dabei immer als ein soziales Konstrukt zu verstehen, eine Eigenschaft, die durch die Gesellschaft zugeschrieben wird und dabei auch einem kontinuierlichen Wandel unterliegt. Sich

mit Debatten um historisch „authentischen“ Städtebau, sowie generell mit Authentizität zu beschäftigen, wie es die Theater- und Museumswissenschaft, die Denkmalpflege und die Geschichtswissenschaften tun, ist folglich ein Zugang, um kulturellen Wandel zu verstehen.

Das dreijährige Projekt wird aus dem jährlichen Leibniz-Wettbewerb finanziert. Es wurde aus einer Vielzahl von Wettbewerbsbeiträgen aus dem gesamten disziplinären Spektrum der Leibniz-Gemeinschaft ausgewählt. Beteiligt sind an „UrbAuth“ neben dem IRS drei weitere Leibniz-Einrichtungen: das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), das Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin (IfZ) und das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft. Als Praxispartner nimmt darüber hinaus der Museumsverband des Landes Brandenburg am Projektverbund teil. Am IRS ist der promovierte Historiker Daniel Hadwiger für die Verbundkoordination zuständig.

UrbAuth ist das erste Projekt, das einen derartigen Forschungsansatz in internationaler Perspektive verfolgt. Es nimmt vier Städte in den Blick: Marseille, Szczecin (Stettin), Nürnberg und Potsdam. Diese Auswahl folgt einer doppelten Logik: Bei allen handelt es sich um Großstädte, aber nicht um Hauptstädte. Sie eint, dass sie grundlegende soziökonomische und bauliche Transformationen durchgemacht haben. Zugleich repräsentieren sie vier Länder, die in ihrer Baugeschichte vergleichbare Umbrüche durchgemacht haben: Frankreich, Polen, die alte Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Alle vier Länder haben in ihrer Nachkriegsgeschichte eine intensive Hinwendung zur industriellen Errichtung von Wohnsiedlungen, verbunden mit einer sozialpolitischen Agenda, wie auch eine Abkehr von diesem Ansatz erlebt. Die Auswahl des Zeitraumes – von den 1970er Jahren bis heute – ist dabei ebenfalls nicht zufällig. „Die 1970er Jahre markieren die erste Zäsur nach einer kontinuierlichen Boomphase seit dem Zweiten Weltkrieg“, erklärt Pro-

jektkoordinator Daniel Hadwiger. Abgesehen von der Ölkrise 1973, durch die das dominierende autobasierte Mobilitätsmodell erstmals herausgefordert wurde, begann in den 1970ern auch der Niedergang des keynesianischen Wohlfahrtsmodells, das auf Industriebeschäftigung und starker staatlicher Ausgleichspolitik basierte. Der sozioökonomische Wandel der folgenden Jahrzehnte wirkte sich auch auf die Städtebaupolitik und die durch sie artikulierten Wertvorstellungen aus.

Das „UrbAuth“-Projekt wird intensiv mit visuellem Material arbeiten. Für die Außendarstellung wird – ähnlich wie im „StadtWende“-Projekt der Historischen Forschungsstelle – eine eigene Website eingerichtet. Auf dieser werden Beispiele für das Bauerbe aller vier Untersuchungs-

Dr. des. Daniel Hadwiger
Tel. 03362 793 269
daniel.hadwiger@leibniz-irs.de

städte dokumentiert, wobei der Schwerpunkt auf Berlin und Brandenburg liegen wird. Hier sollen als erhaltenswert erachtete Gebäude und ihre Veränderung beispielhaft dokumentiert werden, aber auch jene, die aus den Stadtbildern verschwinden. „Es wird dann vielleicht auch nur einen leeren Platz zu sehen geben, wo etwas abgerissen wurde“, erklärt Hadwiger. Der Historiker freut sich auf die Gelegenheit, durch den Medieneinsatz auch über die Fachgemeinde hinaus Aufmerksamkeit zu erzeugen. „Bilder sind Eyecatcher“, sagt er. „Ich habe bereits in früheren Projekten versucht, Geschichte an eine möglichst breite Öffentlichkeit zu tragen. Diesen Anspruch haben wir im UrbAuth-Projekt auch.“

IRS an neuem Innovative Training Network „CORAL“ zu Labs in ländlichen Regionen beteiligt

Nach dem Auslaufen des Marie Skłodowska-Curie Innovative Training Networks „RurAction“ wird das IRS an einem neuen ITN mitwirken, das ebenfalls ländliche Räume in den Blick nimmt: Die Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ ist mit zwei Promotionsstellen an dem Innovative Training Network „Exploring the Impacts of Collaborative Workspaces in Rural and Peripheral Areas in the EU“, kurz „CORAL“, beteiligt. Mit „kollaborativen Arbeitsorten“ sind beispielsweise Coworking Spaces und Maker Spaces gemeint: Privatwirtschaftlich oder gemeinnützig orientierte Angebote, die es Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen, individuell oder auch kollaborativ an Projekten zu arbeiten und dafür sowohl die technischen Infrastrukturen (schnelles Internet, 3D-Drucker) als auch ein attraktives, kreativitätsförderndes Ambiente zur Verfügung stellen. Solche Orte sind in Städten, besonders Großstädten, häufig anzutreffen. In jüngerer Zeit wird aber vermehrt auch über ihr Potenzial für ländliche und periphere Regionen diskutiert. Das Netzwerk CORAL untersucht nun die Wirkungen von kollaborativen Orten der Kreativität und

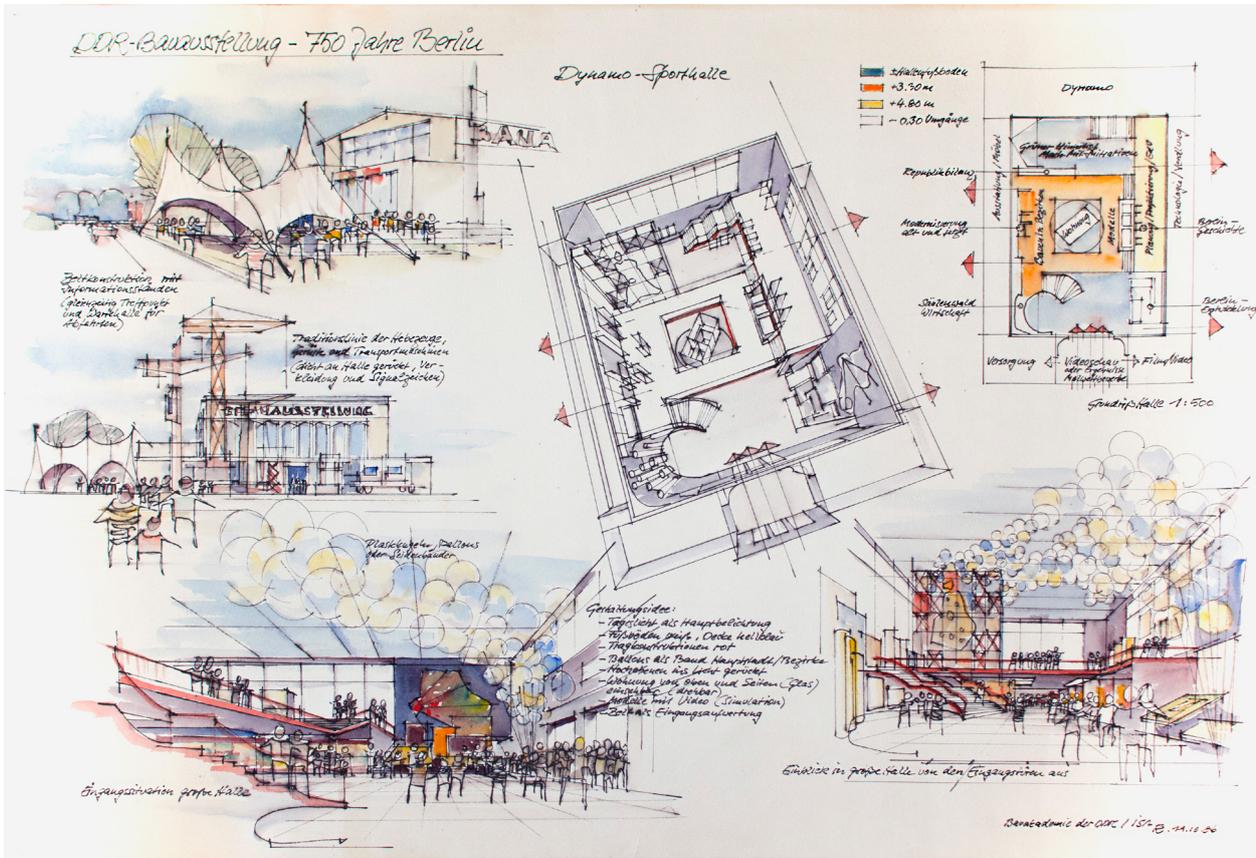
Prof. Dr. Suntje Schmidt
Tel. 03362 793 172
suntje.schmidt@leibniz-irs.de

Wissensarbeit in ländlichen peripheren Gebieten in der EU. Zudem wird ein Beitrag dazu geleistet, diese Orte für die regionale Entwicklung in Wert zu setzen.

An CORAL sind acht Organisationen aus Wissenschaft und Praxis beteiligt. Neben dem IRS gehören dazu die Panton-Universität Athen, wo auch die Netzwerkkoordination angesiedelt ist, das Polytechnikum Mailand, die ESGCI Handelsschule Paris, das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig, der Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft Sachsen, die österreichische Genossenschaft Otelo, und die Impact Hub Vienna GmbH. Insgesamt werden 15 Promovierende im Rahmen des Netzwerks ausgebildet werden. Dabei wird Forschung, einschließlich internationaler Gastaufenthalte an akademischen Einrichtungen, mit Phasen praktischer Arbeit in den am Netzwerk beteiligten Organisationen ergänzt. Die zwei Forschungsarbeiten am IRS untersuchen zum einen kollaborative Orte und die raum-zeitliche Dynamik ihrer unternehmerischen Ökosysteme, zum anderen wird die Rolle der kollaborativen Arbeitsorte als regionalentwicklungspolitisches Instrument kritisch hinterfragt. Projektstart ist im Januar 2021. ■

Fundstück

Achim Felz und die DDR-Bauausstellung 1987



Auf der Internetpräsenz der Wissenschaftlichen Sammlungen stellt Historikerin Stefanie Brünenberg das Fundstück ausführlich vor:

► ddr-planungsgeschichte.de

Vor 33 Jahren wurde die letzte große Bauausstellung der DDR geschlossen. Zwischen dem 18. Mai und dem 31. August 1987 fand die Ausstellung unter dem Titel „Bauen zum Wohle des Volkes“ in der Berliner Dynamo-Sporthalle und auf den umliegenden Freiflächen statt. Sie war eine von vielen Ereignissen, die das Jubiläumsjahr „750 Jahre Berlin“ begleiteten.

Bis heute scheint diese Bauausstellung kaum im Forschungsdiskurs zur (Architektur-)Geschichte der DDR angekommen zu sein. Umso interessanter ist daher das aktuelle Fundstück, das auch auf der Internetpräsenz der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS (ddr-planungsgeschichte.de) als Fund des Monats (Nr. 5, August/September 2020) präsentiert wird. Es handelt sich um eine auf Oktober 1986 datierte Zeichnung des Architekten Achim Felz (geb. 1933) aus dessen Vorlass, der sich in den Sammlungen befindet. Auf ungefähr 50 x 70 cm zeichnet

der damalige Mitarbeiter des Instituts für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie der DDR mit Tusche und Aquarellfarben einen ersten Entwurf zur Gestaltung der Bauausstellung.

Im Zentrum der Zeichnung steht eine axonometrische Darstellung des Grundrisses zum Umbau der Sporthalle. Deutlich sichtbar ist die von Felz' angedachte Mehrgeschossigkeit durch eingezogene Galerien. Mittig in der Sporthalle und damit auch im Zentrum der Ausstellung steht die „gläserne“ WBS 70-Wohnung, die auf der Eingangsebene umrundet und von der Galerieebene aus auch von oben betrachtet werden kann. Ein besonderer Effekt, von Felz auf dieser Plancollage auch schon als Gestaltungsidee vermerkt, ist das sich drehende Podest, auf dem die Wohnung steht. Der Grundriss wird in Felz' Zeichnung umgeben von Innen- und Außenperspektiven der Dynamo-Sporthalle und der sie umgebenden Flächen. In folgenden Entwurfszeichnungen von

Oktober und November 1986 werden Innen- und Außenraum weiter konkretisiert. Die gläserne Wohnung behält dabei ihre dominante Stellung.

In dieser Entwurfsgenese werden Achim Felz' Intentionen deutlich, die er im die Ausstellung reflektierenden Artikel in der Zeitschrift „Architektur der DDR“ und in einem kaum bekannten kleinen „Ausstellungskatalog“ zur Ausstellung formuliert: Die gläserne Wohnung als Sinnbild für das Programm des komplexen Wohnungsbaus sollte im Zentrum der Bauausstellung stehen. Sie sollte allen Besucherinnen und Besuchern der Ausstellung die Wandelbarkeit und Modernität der WBS 70-Wohnung, deren Entwicklung auf eine Studie von Achim Felz und Wilfried Stalknecht zurückzuführen ist, demonstrieren.

Dr. des. Stefanie Brünenberg
Tel. 03362 793 182
stefanie.brueenberg@leibniz-irs.de

Die Ausstellung selbst, das zeigen verschiedene Fotografien, war übrigens vielbesucht. Hans-Jürgen Kluge, ebenfalls Mitarbeiter am ISA der Bauakademie der DDR, führt die „große Resonanz auf die Ausstellung“ in einem Artikel in der Zeitschrift „Architektur der DDR“ unter anderem auf die mannigfaltigen Ausstellungsgegenstände, aber auch auf die „Optimismus und Zuversicht“ ausstrahlende „attraktive großzügige Ausstellungs-gestaltung“ zurück. Im Duktus der Zeit fügt er hinzu, dass „unsere Politik zum Wohle des Volkes [...] wohl erstmalig vom Bauwesen so beweiskräftig und anschaulich“ vorgeführt worden war – und begründet damit den Ausstellungstitel „Bauen zum Wohle des Volkes“.

Besuch des Museumsverbands

MUSEEN IN BRANDENBURG

Die Historische Forschungsstelle hatte am 14. September 2020 das Netzwerk „DDR-Geschichte im Museum“ des Museumsverbands des Landes Brandenburg zu Gast. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Frage, wie das IRS mit Museen aus der Region kooperieren kann.

Dr. Kai Drewes
Tel. 03362 793 1143
kai.drewes@leibniz-irs.de

Daniel Hadwiger stellte das neue Leibniz-Wettbewerbsprojekt „Urban Authenticity“ vor, an dem der Museumsver-

band als Kooperationspartner beteiligt ist (siehe S. 46). Kai Drewes präsentierte die Wissenschaftlichen Sammlungen als viel genutzte Forschungsinfrastruktur und Dienstleister für Museen sowie als Partner der seit einigen Jahren laufenden Vortragsreihe „Orte der DDR“ des DDR-Museums in Berlin.

IMPRESSUM

IRS AKTUELL No 95, Dezember 2020
ISSN 0944 7377



Herausgeber:
Leibniz-Institut für
Raumbezogene Sozialforschung
Flakenstraße 29–31, 15537 Erkner

Tel. 03362 793 0, Fax: 03362 793 111
E-Mail: felix.mueller@leibniz-irs.de
► www.leibniz-irs.de

Das IRS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



Leitung: Prof. Dr. Oliver Ibert
Redaktion: Felix Müller (v.i.S.d.P.), Silke Schulz, Karina Böhm
Layout: Henrika Prochnow

Bestellung von Publikationen: Tel. 03362 793 118

Bei Abdruck Belegexemplar erbeten

Die Beiträge in diesem Magazin entstanden in Zusammenarbeit von Felix Müller mit den Wissenschaftler*innen des IRS.

Fotos:

Titel: Patcharanan/stock.adobe.com;
S. 11: detailfoto/stock.adobe.com; S. 12: tkyszk/stock.adobe.com;
Seite 13: yupachingping/stock.adobe.com; S.17: Halfpoint/stock.adobe.com; S. 19: upixa/stock.adobe.com; S. 21: leben.lernen.leipzig e.V.; S. 23: Grafik: yummytime/stock.adobe.com;
S. 25: ktsdesign/stock.adobe.com; S. 31: David Fuentes/stock.adobe.com; S. 32: Jens Ottoson/stock.adobe.com;
S. 33: Aldrin/stock.adobe.com; S. 35: digitalien/stock.adobe.com;
S. 35: digitalien/stock.adobe.com; S. 36: Doug Saunders (beide Fotos); S. 42: Grafik: jan_S/stock.adobe.com;

Portraits:

S. 53, Manfred Kühn: Frank Bentert;
S. 54: Thorsten Heimann: Katarzyna Mazur;
weitere Fotos: IRS oder privat

Berufungen



Prof. Dr. Ludger Gailing, bislang kommissarischer Abteilungsleiter der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ des IRS, wurde mit Wirkung zum 01.09.2020 zum Professor für Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg berufen. Gailing ist einer der international führenden Forscher zu sozial-ökologischen Transformationen, insbesondere zu raumbezogenen Fragen der Energiewende.

Gailings Forschungen beschäftigen sich mit den Geographien von Infrastrukturen und der Energiewende sowie deren Konsequenzen für die lokale und regionale Steuerung von Energieerzeugung und -versorgung. Er geht dabei auch auf die energiepolitischen Debatten um Gemeinwohl, Gerechtigkeit und Kritikalität („kritische Infrastrukturen“) sowie auf sich verändernde Machtbeziehungen rund um das Thema Energie ein. Ein weiteres seiner Forschungsthemen ist die Kulturlandschaftspolitik und dabei speziell die Frage, wie verschiedene Institutionensysteme (Raumplanung, Naturschutz, ländliche Entwicklungspolitik, Tourismus, Energiepolitik) den Wandel von Kulturlandschaften vorantreiben. Mit der Professur für Regionalplanung an der BTU Cottbus-Senftenberg übernimmt Ludger Gailing die Verantwortung für ein Fachgebiet, das er in Lehre und Forschung als Kompetenzzentrum für Fragestellungen der regionalen Planung, Entwicklung und Transformation positionieren will.

Ludger Gailing studierte Raumplanung in Dortmund und Grenoble, seit 2003 arbeitete er am IRS. 2013 promovierte er an der TU Dortmund zu regionaler Kulturlandschaftspolitik. 2017 war er als Gastwissenschaftler an der University of Durham tätig. Ludger Gailing ist Mitglied der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL), des IRI THESys (Integrative Research Institute on Transformations of Human-Environment Systems) der Humboldt-Universität zu Berlin und der Deutschen Akademie für Landeskunde.

Die Leitung der Forschungsabteilung "Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter" übernimmt kommissarisch Kristine Kern, bislang Seniorwissenschaftlerin in der Abteilung.



Prof. Dr. Laura Calbet i Elias wurde mit Wirkung zum 01. 10.2020 als W3-Professorin an das Städtebau-Institut der Universität Stuttgart berufen. Sie übernimmt dort die Leitung des Fachgebiets „Theorien und Methoden der Stadtplanung“ und verantwortet ab dem Wintersemester 2020/21 den Studienschwerpunkt Stadtplanung in der Lehre mit. Am IRS war Calbet seit 2017 in der Abteilung „Regenerierung von Städten“ tätig. Sie war zudem Gastprofessorin für Planungstheorie an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. 2018 vertrat sie die Professur Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Dortmund. Schwerpunkt ihrer Forschung ist der planungs- und stadtpolitische Umgang mit gesellschaftlichen Prozessen wie Migration und Polarisierung der Wohnraumversorgung. Darüber hinaus untersucht sie den Begriff „Gemeinwohl“ in der Planungstheorie und -praxis.

Laura Calbet studierte Architektur an der Universitat Politècnica de Catalunya in Barcelona und an der Universität der Künste Berlin sowie Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin. Von 2012 bis 2015 war Calbet Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft am internationalen Graduiertenkolleg Berlin–New York–Toronto „Die Welt in der Stadt“ am Center for Metropolitan Studies, Berlin. 2013 war sie Visiting Researcher an der York University, Toronto.

Ihre Dissertation zum Thema „Spekulative Stadtproduktion. Finanzialisierung des Wohnungsneubaus im innerstädtischen Berlin“ schloss sie 2017 an der TU Berlin mit summa cum laude ab. Die Arbeit wurde 2019 mit dem Studienpreis Wohnungspolitik des Deutschen Mieterbundes und des Instituts für Raumplanung der TU Dortmund ausgezeichnet.

Neu am IRS



Dr. Juliane Riese unterstützt seit Mai 2020 als Referentin den Vorstand des IRS. In ihrer Zuständigkeit liegen insbesondere die inhaltliche Vor- und Nachbereitung von Gremiensitzungen, die wissenschaftlich-konzeptionelle Unterstützung des Vorstandes, sowie die wissenschaftlich-konzeptionelle Unterstützung des Strategieprozesses IRS 2025. Zuvor war sie an der Hochschule in Østfold in Halden, Norwegen, und an der Vrije Universiteit Amsterdam beschäftigt. Juliane Riese ist Diplom-Ökonomin. Sie studierte an den Universitäten in Greifswald, Oxford und Bremen und promovierte an der Universität Bremen.



Dr. des. Daniel Hadwiger arbeitet seit Juni 2020 als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektkoordinator im Leibniz-Wettbewerbsprojekt „UrbAuth – Urban Authenticity: Creating, contesting, and visualizing the built heritage in European cities since the 1970s“. Er bearbeitet im Projektverbund das Teilprojekt „Städtische Authentizität im Kontext von Stadtentwicklung und Migration in Marseille“. Im Rahmen des Projekts ist er auch an Arbeiten zur visuellen Überlieferung zum Bauerbe in Berlin-Brandenburg beteiligt. Daniel Hadwiger studierte Geschichte und Europäische Literatur an den Universitäten Mainz, der Université de Bourgogne (Dijon), der Universität Tübingen und der Université Aix-Marseille. Von 2014 bis 2019 wurde er an der Universität Tübingen zur Geschichte der Wohlfahrtspflege in Deutschland und Frankreich im Zweiten Weltkrieg promoviert.

Mitgliedschaften



Prof. Dr. Suntutje Schmidt wurde als Mitglied eines wissenschaftlichen Netzwerks des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes eingeladen. Das Kompetenzzentrum ist Teil der gemeinsamen Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und wird bis ins Jahr 2022 die Bundesinitiative beratend unterstützen.

Zu Gast am IRS



Dr. Mikkel Høghøj ist Postdoc an der Universität Aarhus, spezialisiert auf die nordische Stadt-, Planungs- und Wohlfahrtsgeschichte des 20. In seinem aktuellen Postdoc-Projekt „Entangled Fluid Cities“ erforscht er die kulturelle und politische Geschichte des städtischen Wassers in Kopenhagen im 20. Jahrhundert und stützt sich dabei auf Theorien aus Gouvernementalitätsstudien, städtischer politischer Ökologie, Science and Technology Studies sowie städtischer Umweltgeschichte. Seine Forschungsinteressen umfassen im weiteren Sinne die Stadtgeschichte des Wohlfahrtsstaates, die Kulturgeschichte von Architektur und Planung, Landschaftsgeschichte, Emotional History, Material Culture Studies, städtische Umweltgeschichte und kritische Theorie. Mikkel Høghøj arbeitete von Mitte September bis Ende Oktober 2020 als Gastwissenschaftler mit der Nachwuchsgruppe „Conquering (with) Concrete“ unter Leitung von Monika Motylinska zusammen.

